

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zustellungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen über deren Raum 40 Wg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 25 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Negerfrage in Amerika.

New York, 16. August. (Asien-Nachricht.)

Ein großes Lynchgericht fand heute in Statesborough (Georgia) statt. Mehrere Tausend bewaffnete Weiße zogen vor das Gefängnis, überwältigten die Wache und bemächtigten sich dann zweier Neger, die wegen Ermordung eines weißen Mannes und eines Kindes sowie wegen Angriff auf eine weiße Frau und Ermordung derselben verurteilt worden waren. Die Milizsoldaten weigerten sich, auf die Menge zu feuern, da sie ein Blutbad anzurichten fürchteten. Die Weißen schleppten darauf die beiden Neger weg und verbrannten sie in üblicher Weise lebendig am Pfahl. Man fürchtet, daß 13 andern Negern dasselbe Schicksal droht, weil sie sämtlich mit einer Vereinigung der Farbigen in Verbindung stehen, deren Mitglieder geschworen haben, die Weißen zu töten. (?)

Dieser neueste standalöse Lynchfall liefert wiederum einen Beitrag zur Negerfrage in den Vereinigten Staaten, die sich immer mehr zuspitzt. Die weiße Bevölkerung, für die die 9 Millionen Neger, die sich infolge der Sklavenverschleppung in der Union befinden, ein höchst unangenehmes Bevölkerungselement bilden, scheint in ihrer Beschleunigung nach wie vor eine brutale Gewalt- und Vergeltungspolitik für das geeignete Mittel zu halten, mit der farbigen Bevölkerung fertig zu werden. Eine solche Gewaltpolitik ist aber nicht nur vom ethischen und historischen Standpunkt aus höchst verwerflich, sondern höchst wahrscheinlich auch politisch sehr unklug, da trotz der zahlreichsten Negerlynchungen die neun Millionen sich nun einmal nicht einfach ausrotten lassen werden. Das einzig wirksame Mittel zur Lösung oder wenigstens Milderung der Massenfrage wäre eine vernünftige soziale Erziehung der schwarzen Bevölkerung, aber daran ist in Amerika, wo der Dollar regiert und wo jetzt gerade die weltpolitische Wera mit all der Brutalität, die der kolonialpolitischen Ausbeutungspolitik anhaftet, eingeseht hat, nicht zu denken. Die Bestialität der Lynchmorde wird trotz aller platonischen Demonstrationen Roosevelt's weiter rasen, bis der schwarzen Bevölkerung der Geduldsfaden reißt und der Rassenkrieg sich in blutiger Empörung und wüsten Rassenmorgeln Luft macht.

Die Lynch-Verstaltungen sind um so verabscheuungswürdiger, als schon die regulären Gerichte die schwarzen Verbrecher in drakonischer Weise bestrafen. Klagen doch die Schwarzen mit Recht darüber, daß bei ihnen schon die kleinsten Vergehen barbarisch geahndet würden. Ueberhaupt fällt es namentlich im Süden schwer, ein Schwurgericht zu finden, das einem Weißen gegenüber einem Schwarzen die Schuld zuspricht.

Und trotzdem die sich häufenden Lynchmorde! In den letzten 17 Jahren sind in den Vereinigten Staaten im ganzen 2516 Lynchgerichte vorgekommen. Davon fielen 2086 auf die Südstaaten und 430 auf die andern Teile des Landes. Nur vier Staaten hatten überhaupt keine Lynchgerichte während dieser Zeit in ihren Grenzen, nämlich Massachusetts, New Hampshire, Rhode Island und Utah. Von den Lynchmorden waren 1573 Neger, die übrigen, mit Ausnahme weniger Chinesen, Weiße. Bezeichnend ist es, sagt die „Allin. Staatsztg.“, daß in den letzten Jahren der Prozentsatz, mit dem der Norden an den Lynchgerichten beteiligt ist, immer größer wird.

Gefürchtet wurden in den letzten Jahren besonders diese Neger, die in Gefängnissen saßen, weil sie weiße Männer verwundet oder weiße Frauen und Mädchen vergewaltigt hatten. Diese Akte der Volkshölle waren völlig ungerecht, weil, wie bemerkt, die amerikanischen Gerichte die Straftaten der Schwarzen fast immer sehr schwer ahnden.

Man sind allerdings die Sittlichkeitsverbrechen der Neger recht zahlreich. Allein man sollte doch die von den Gerichten verhängten Strafen für ausreichend halten, zumal die Abschreckungstheorie gerade bei den Lynchmorden an Negern völlig schiffbruch erlitten hat. Jährlich sind durchschnittlich hundert Schwarze barbarisch gefoltert, mit Nägeln durchlöchert und lebendig verbrannt worden — aber eine Abnahme der Sittlichkeits-Attentate der Farbigen hat man damit trotz vieljähriger Praxis nicht erreicht. Und außerdem sollte man doch auch an die Vergewaltigungen denken, die sich nicht nur die weiblichen Negersklaven zur Zeit der Sklaverei gefallen lassen mußten, sondern die die weißen Kulturträger noch heute in allen Kolonialländern den Farbigen gegenüber verüben! Die Hereros haben darin, nach dem Zeugnis der Missionare, die allerschlimmsten Erfahrungen gemacht!

Das einzige Mittel zur Bekämpfung der verbrecherischen Anzeigen der nordamerikanischen Neger wäre eine vernünftige zivilisatorische Erziehung. Man müßte, wie der hochgebildete Neger Booker Washington verlangt, der heranwachsenden Negergeneration Liebe zum Landbau, zur körperlichen Arbeit überhaupt einflößen. Man müßte sie sozial erziehen. Booker Washington gesteht ein, daß die Neger nach Aufhebung der Sklaverei unter dem Begriff Freiheit nur Müßiggang und Jägellostigkeit verstanden — wie sie das ja von ihren ehemaligen Herren gelernt hatten. Den moralischen Tiefstand der Neger führt er auf die Unfähigkeit der Eltern zurück, ihren Kindern eine vernünftige Erziehung zu teil werden zu lassen. Daran ist aber wieder die unsinnige Behandlung der Neger, speziell die Sklaverei schuld, wie die Kriminalstatistik beweist. In doch der Prozentzahl der Verbrecher unter den Negern der Südstaaten, in denen bis zum Jahre 1865 die Sklaverei herrschte, um ein Erhebliches stärker als unter den Negern der Nordstaaten, wo schon früher die Sklaverei aufgehoben ward.

Daß die Neger in der Union überhaupt sozial und moralisch noch auf tiefer Stufe stehen, ist danach offenbar nicht, wie heute wieder ein amerikanischer Mitarbeiter der „Deutschen Tages-

zeitung“ behauptet, an der den Farbigen eingeräumten allzu-großen sozialen und politischen Freiheit, sondern an der Miß-handlung und Mißachtung, mit der man die Farbigen trotz ihrer formalen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung behandelt hat. Diese angebliche Gleichberechtigung ist nur eine infame Lüge gewesen.

Wie entwürdigend, wie gewaltig und niederdrückend man die Farbigen behandelte und noch heute behandelt, beweist z. B. daß es ihnen unmöglich gemacht ist, auf der Weltausstellung in St. Louis gegen gutes Geld ihren Durst und Hunger zu stillen! Der Farbige hatte zwar das Recht, durch seine skandinavische den Kauf jener Weltausstellungsbräune zu fördern, er hat aber nicht das Recht, nach ihrer Fertigstellung in ihnen zu weilen!

Man muß bei der Stellung des Weißen zum Neger von heute zwischen dem Norden und Süden unterscheiden. Für beide aber gilt das eine gemeinsam, daß für das Gefühl der Amerikaner die Kluft zwischen den Weißen und den Schwarzen heute womöglich größer ist als je zuvor. Generationen hindurch hat der Weiße den Schwarzen als Bares betrachtet; aus der Wildheit des Afrikanerlums war der Neger mit Gewalt herausgeholt, damit er auf den Baumwollen-, Reis- und Tabakfeldern des weißen Herrn die schwere Arbeit verrichte, ohne Recht, ohne Unterricht. Der Norden brachte ihm endlich die „Freiheit“. Aber leider, während man den abstrakten Neger „befreite“, verabscheute man die Ausdringung des konkreten Negers. Der persönliche Widerwille gegen den Schwarzen ist im Norden vielleicht noch verbreiteter und stärker als im Süden. „Südlich von Washington“, sagt Professor Münsterberg in seinem bekannten, kürzlich erschienenen Buche „Die Amerikaner“, „kann man sich eigentlich nur von Negern ratieren lassen; nördlich von Philadelphia würde der Weiße es ablehnen, einen Neger als Barbier zu benutzen.“ Der Südländer scheut sich nicht, eine schwarze Kanne ins Haus zu nehmen; in den Nordstaaten wäre das einfach undenkbar. Ueberall da, wo das Prinzip gewahrt werden muß, wird der Neger im Norden willkommen geheißen. Man giebt ihm hier und da eine kleine Beamtenstellung, man läßt ihn Reden halten, man läßt ihn zu öffentlichen Vereinen zu; man läßt ihn bei den Paraden der Kriegsveteranen aufmarschieren und erlaubt einigen Ausnahmefällen in die Universität einzutreten; aber von sozialer Vermischung ist keine Rede. In keinem Klub, in keinem Privathause, in keiner Gesellschaft trifft man einen Neger, und bei alledem muß der Europäer sich immer gegenwärtigen, daß der Begriff des Negers hier Männer und Frauen umfaßt, deren Gesicht vielleicht so weiß ist wie das irgend eines Hankees und die nur noch vielleicht an den Fingerspitzen die Abstammung von afrikanischer Rasse erkennen lassen. Der Südländer haßt den Neger vor allem deshalb, weil ihm seit dem Bürgerkrieg dasselbe Recht am Stimmkasten zusteht wie ihm selbst. Wenn seine soziale Gleichstellung im Süden verjagt wird, so erschallt sofort der Ruf, daß die Reinheit der Rasse in Gefahr sei. Kein Weißer im Süden würde dem Speiseaal eines Hotels betreten, in dem irgend wo im Winkel eine Negerin bei Tisch sitzt; aber nicht etwa, weil das Beisammensein ihm unangenehm ist, sondern nur, weil das Symbol der Gleichberechtigung ihn verletzt. Sobald ein kleines weißes Kind daneben sitzt und die Negerin somit sich als Kinderfrau, als Diensthote erweist und die soziale abhängige Stellung somit ausgedrückt ist, so führt ihre Gegenwart nicht mehr im mindesten. Natürlich muß durch solche soziale Demütigungen die Erbitterung des Schwarzen stetig wachsen. Daß kein Hotel für Weiße, kein Restaurant, kein Theater und kein Schlafwagen dem Schwarzen offen steht, ist selbstverständlich. Daß nun aber auch die gewöhnlichen Eisenbahnwagen und Straßenbahnwagen die Farbencheidung einführen, das hat doch noch viel zu neuer Verschärfung des Gegenfases beigetragen. Ja der Süden geht noch weiter in der brüsklen Zurückweisung des Schwarzen: er setzt auf solche Zurückstufung sogar Prämien. Als in einem nordstaatlichen Hotel der Präsident eines Neger-Kollege aufgenommen wurde und das Stubenmädchen sich weigerte, für ihn das Bett zu richten, wurde sie von dem Hotelwirt deshalb entlassen. Flugs veranstaltete der Süden mit „glänzendem Erfolge“ eine Geldsammlung für diese „Heldin“.

Mit jähem, einer besseren Sache würdiger Energie und Konsequenz sucht man zumal im Süden den Schwarzen, mag er noch so befähigt sein, von jedem Amte fernzuhalten und neuerdings, ihn politisch zu entrechten.

Die Bestrebungen in den Südstaaten gehen dahin, den Negern das Stimmrecht zu nehmen, und dies wird durch das Verlangen des Reiches einer gewissen Bildungsstufe erzielt, während man für die ungebildeten Weißen, die „low whites“, diese Bestimmung dadurch umgeht, daß man den Söhnen und Enkeln von Soldaten der Unionsarmee in dem Sezessionskrieg ohne Rücksicht auf sonstige Qualifikation das Stimmrecht gewährt. In der letzten Zeit hat der Kampf gegen die Neger durch die Schaffung der Partei der „Lilly whites“, der „Weißen“, in den früheren Sklavenstaaten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, jede Gemeinschaft zwischen Negern und Weißen aufzuheben und die letzteren von jeder Beteiligung an der Verwaltung auszuschließen, ganz besondere Schärfe erlangt. So liegt z. B. der Legislatur des Staatshauses ein Gesetzentwurf vor, durch den die bestehende Wahlgesetzgebung in der Weise abgeändert werden soll, daß das Wahlrecht allen Negern entzogen werde, und diejenigen, die diesen Entwurf eingebracht haben, rechnen mit Bestimmtheit, daß er durch eine Volksabstimmung zum Gesetz erhoben werde. Früher bestanden in verschiedenen Südstaaten Schulen, in denen Weiße und Farbige gemeinschaftlich erzogen, und von weißen und farbigen

Lehrern unterrichtet wurden; diese Anstalten sind zum Teil schon aufgehoben worden, wie das Marshall College in Tennessee, oder gehen demselben Los entgegen wie die berühmteste dieser Schulen, das 1854 kurz vor dem Ausbruch des Sezessionskrieges von John D. Fee in Kentucky gegründete Berea College. Noch vor dem Tode des Gründers dieser Schule und gegen dessen Protest ist mit der Anstellung von farbigen Lehrern aufgehört und die Bestimmung, daß die weißen und farbigen Schüler zusammen essen sollten, aufgehoben worden, mit der Begründung, daß soziale Gleichstellung nicht erzwungen werden dürfe, und es steht zu erwarten, daß die Legislatur von Kentucky in nicht zu langer Zeit dem Beispiele der von Tennessee folgen und die gemeinschaftliche Erziehung von Weißen und Farbigen ganz unterlagen werde.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß der Rassenkrieg, den die Sünden der älteren Generationen und der blöde Rassenhaß der Lebenden entzündet und zu immer heftigeren Flammen entfacht haben, immer wildere Formen annimmt. Die Erbitterung der Neger steigt von Woche zu Woche, und der Ausbruch eines Rassenkrieges in den Südstaaten ist keineswegs ausgeschlossen.

Das ist das Ende und der Erfolg der berühmten amerikanischen „Negerbefreiung“, die dem Lande eine halbe Million Menschenleben und mehr als 3 Milliarden Dollar gekostet hat!

Einige amerikanische Gelehrte sind der Ansicht, daß die farbige Bevölkerung so lebenswürdig sein würde, allmählich auszustarben, worauf der Geburtenrückgang deute. Diese Lösung der Frage erscheint aber überaus fraglich, selbst wenn sich die weiße Bevölkerung auch alle Mühe geben sollte, die Farbigen außer durch das Lynch durch Syphilis und Schnaps zu decimieren. Hat sich doch die schwarze Bevölkerung der Union von 1890—1900 um 18,1 Proz. vermehrt, gegenüber 21,25 Proz. Vermehrung der weißen Bevölkerung, bei der aber die beträchtliche Einwanderung mit in Anschlag gebracht werden muß.

Die Massenfrage wird also für die Vereinigten Staaten wohl auch ferner ein bößartiges Problem bleiben, dessen Lösung vielleicht erst dem Sozialismus vorbehalten ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. August.

Ein neues Gefecht mit den Hereros.

General von Trotha meldet weiter aus Hamarari: Feind nach Gefecht am 11. in voller panikartiger Flucht unter Zurücklassung von sehr vielem Vieh, Gefährtlichkeiten und zahlreichen Reichen hauptsächlich in östlicher Richtung zurückgegangen. Verfolgte starke feindliche Kräfte mit vereinigten Abteilungen Deimling und Wühlensfeld mit Gewaltmarsch bis Gegend Omulajetowa, wo gänzlicher Mangel an Weide und Wasser und Trennung des Feindes Einstellung der Verfolgung bedingte. Zahlreiches Vieh erbeutet. Etorff verfolgte von Norden umfassend und schlug heute, 15., Hererobanden, die Omuramba abwärts zogen. Feind große Verluste. Diesseits tot fünf Mann, verwundet Oberleutnant Bischoff, Lieutenant v. Malen und fünf Mann.

Der Verlust der deutschen Truppen erhöht sich also um fünf Tote und sieben Verwundete, so daß sich ein Gesamtverlust von ca. 100 Mann ergibt. Ueber den Erfolg dieser immerhin recht verlustreichen Operation wird man nähere Nachrichten abwarten müssen. Wie wir gestern mitteilten, richtete das „Militär-Wochenblatt“ mit 30 000 Hereros, mit 50 000 Stück Groß- und 120 000 Stück Kleinvieh, die sich in den Waterbergen befinden sollten. Erst wenn man erfährt, wie viel Hereros gefallen sind und wie viel Vieh erbeutet wurde, wird man die Tragweite der beiden erfolgreichen Gefechte übersehen können.

Das freilich läßt sich schon heute sagen, daß die eigentliche Wucht der Operationen Trothas, die ganzen Hererobanden einzuschließen und zur Uebergabe zu zwingen, nicht erreicht ist. Die Rasse der Hereros ist nach Osten durchgebrochen. Ihre weitere Verfolgung mußte sowohl wegen ihrer Zerstreutheit wie wegen des Mangels an Weide und Vieh aufgegeben werden. Man darf aber deshalb noch lange nicht annehmen, daß nun auch die flüchtigen Hereros samt ihrem Vieh verhungern und verdursten werden. Die südafrikanischen Sachverständigen haben ja gerade die Schwierigkeit des Kampfes gegen die Hereros damit begründet, daß es dem Herero möglich sei, samt seinem Vieh mehrere Tage ohne Wasser auszukommen, was dem Nichteingeborenen platterdings unmöglich sei.

Die Verfolgung der Geflohenen wird also von neuem in großem Stile aufgenommen werden müssen, obgleich sie immer schwieriger wird, je mehr sich der Feind nach dem Norden und Osten des Landes flüchtet. Sicherlich wird v. Trotha selbst nicht die Garantie dafür übernehmen wollen, daß der Feldzug binnen einem Jahre völlig beendet sein würde.

General v. Trotha hat bei seinen Telegrammen über die Gefechte wiederum die oft getadelte Gepflogenheit beobachtet, zwar die Namen der Gefallenen oder auch nur verwundeten Offiziere zu nennen, sich dagegen über die Personellen der gefallenen Mannschaften auszusprechen. Oberst Leutwein pflegte bei seinen Meldungen die Namen sämtlicher Gefallener oder verwundeter Mannschaften zu telegraphieren, was den modernen Auffassungen der bürgerlichen Gleichheit entschieden mehr entspricht. General v. Trotha scheint der Ansicht zu sein, daß die Angehörigen der „Gemeinen“ keinen Anspruch darauf haben, über das Befinden ihrer Angehörigen ebenso schnell unterrichtet zu sein, wie die An-

gehörigen der Offizierskaffe! Denn daß er, um ein paar hundert Mark zu sparen, die Namen verschweigen sollte, ist doch nicht anzunehmen. Der glorreiche Kolonialkrieg kostet uns so viele Millionen, daß es auf ein paar hundert oder auch tausend Mark mehr wirklich auch nach der Ansicht des Herrn v. Trotha nicht ankommen kann!

Eine verspätet gemeldete Schlappe.

Berlin, 17. August. General v. Trotha meldet: Lieutenant v. Bodenhausen und acht Mann der 1. Compagnie des Regiments 2 am 6. d. M. auf Mitternacht von Patrouille nach Waterberg überfallen und getötet. Leiden am 7. halbwegs Waterberg—Diondjadberg gefunden und beerdigt. Zwei Mann der Patrouille vermisst.

Danach vermehrt sich die Verlustliste um weitere elf Tote resp. Vermisste. Recht auffallend ist nur, daß die Nachricht von diesem Gescheh, das am 6. stattfand, später eintraf, als die Meldung über die „Siege“ am 11., 12., ja selbst am 15. August! Wollte man die Schlappe erst durch einen Sieg weitmachen? —

Das Ende des ersten Arbeiterministeriums.

Aus Melbourne kommt die Nachricht, daß das Ministerium Watson, das erste Arbeiterministerium des australischen Staatenbundes (Commonwealth of Australia) zurückgetreten sei. Es ist in dem Kampfe um die Schiedsgerichtsbarkeit, durch den es an die Regierung gelangte, wieder gefallen. Mit 38 gegen 33 Stimmen wurde eine von dem Ministerium geforderte Bestimmung der Vorlage abgelehnt. Mit der 23 Mann starken Arbeiterpartei haben demnach noch vierzehn Mitglieder der beiden andern Parteien gestimmt, darunter, wie gemeldet, zehn Liberale (Partei Deakin) und vier Konservern (Partei Reid). Der Sturz des vorigen Ministeriums (Deakin) erfolgte mit 38 gegen 20 Stimmen. Dieses Ministerium mußte zurücktreten, weil gegen seinen Willen beschlossen wurde, die Staats- und Eisenbahn-Unternehmen dem Schiedsgerichtsgesetz zu unterstellen. Es war von der Arbeiterpartei im Verein mit den (freihändlerischen) Konservern zu Falle gebracht worden. Für diese Frage, über die das Ministerium Deakin gefallen war, hatte das Ministerium Watson dann die Majorität bekommen, als sie von diesem wieder vorgelegt wurde. Der Anlaß zum Falle des Ministeriums Watson war jetzt die Frage der Bevorzugung der Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben, den Organisationszwang durch Schiedsgerichtsprozess.

Inzwischen ist der besondere Anlaß zum Sturze der Arbeiterregierung weniger wesentlich. Daß es sich 3 1/2 Monate halten konnte, ist ebenso wie die Tatsache, daß es überhaupt ans Ruder kommen konnte, nur der Uneinigkeit der beiden andern Parteien zuzuschreiben, die sich als Freihändler und Schutzjäger während bekämpften. Vom ersten Augenblick an, da die Arbeiterpartei die Regierung übernahm, begannen die Versuche zur Einigung der beiden gegnerischen Parteien. Für die Gruppe Reid, die Freihändler, spielte neben der Feindschaft gegen die Arbeiterpartei auch noch das heisse Streben, selbst an die Macht zu kommen, eine Rolle. Die Gruppe Reid ist die eigentliche Korruptionspartei, die Partei der Kemterjäger und die Voraussetzungen, daß auf das Ministerium Watson ein Ministerium Reid folgen werde, veranlaßte Deakin und seine Gruppe zunächst zu ablehnender Haltung gegenüber der Partei Reid. Inzwischen sind aber diese Sondergegenstände zwischen den beiden Gruppen mehr und mehr zurückgetreten vor dem gemeinsamen Klassenhaß gegen die Arbeiter. Die arbeitserfindliche Presse hatte von Anfang an die Parole ausgegeben, daß gegenüber dem gemeinsamen Feinde Arbeiterpartei die Gegenseite Protektionismus oder Antiprotektionismus zurücktreten müßten, daß es gelte, sich zusammenzuschließen gegen die Feinde der bestehenden Wirtschaftsordnung. Andererseits hat auch die Arbeiterpartei sich keinen Illusionen über die bestehenden Machtverhältnisse hingegen. Das Ministerium Watson hat die Regierung übernommen im Einverständnis mit seiner Partei und unter allseitiger Zustimmung der Gewerkschaftsorganisationen. Die Presse der Arbeiterpartei hat aber — wir haben mehrfach entsprechende Auslassungen mitgeteilt — ebenso von vornherein der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man die Übernahme der Regierung wesentlich von dem Gesichtspunkte betrachte, daß sie zur Klärung der Massengedensfrage und zur Förderung des Massenbewußtseins der Arbeiter beitragen werde, indem sie die beiden bürgerlichen Parteien einander näher bringen und so den Arbeitern zeigen werde, daß die Streitigkeiten unter jenen nur sekundäre Streitigkeiten um den Platz an der Staatskrippe seien, die sofort an Bedeutung verlieren, sobald die Arbeiter von ihrer Macht Gebrauch zu machen suchten. Und es ist wahrscheinlich, daß diese Wirkung auf die Arbeiter des Landes auch nicht ausbleiben wird. Die Arbeiterpresse wird dafür sorgen, daß die Vorgänge in diesem richtigen Lichte dargestellt werden.

Ministerpräsident Watson wollte jetzt schon an die Wähler appellieren. Schon Anfang Juli erklärte er im Repräsentantenhaus, wenn die Schiedsgerichtsbarkeit nicht in der von ihm gewünschten Form durchgehe, dann werde er die erste Gelegenheit ergreifen, um an das Land zu appellieren oder zurückzutreten. Nach der jetzigen Abstimmung des Repräsentantenhauses gegen ihn hat er die Auflösung des Parlaments gefordert. Der General-Gouverneur hat jedoch die erforderliche Einwilligung verweigert und hat, da das Ministerium Watson nun zurücktreten mußte, Herrn Reid die Bildung der Regierung übertragen. Reid wird die Regierung übernehmen. Ueber eine feste Majorität in allen Fragen verfügt er jedoch auch nicht und ob nicht doch über kurz oder lang das Parlament wieder aufgelöst werden müssen, um eine Klärung der Parteiverhältnisse herbeizuführen, ist nicht gewiß. Neue Wahlen werden zwar schwerlich sofort eine Arbeitermajorität bringen, aber eine Stärkung der Arbeiterpartei sehr wahrscheinlich und vor allen Dingen werden sie auch eine Verschiebung nach der Richtung bringen, daß die bürgerlichen Parteien sich enger zusammenschließen werden.

Die Episode des ersten Arbeiterministeriums wird jedenfalls dazu beitragen, den unausbleiblichen Sieg der Arbeiterpartei zu beschleunigen.

Deutsches Reich.

Freiheit im Fälschen

Ist diejenige Art Freiheit, der das führende Centrumblatt „Germania“ in heikeln Eifer huldigt. Wir haben eine Fälschung des Blattes über die Stellung der Socialdemokratie zur Frage von Schule und Religionsunterricht nachgewiesen. Wir sprachen da von „jesuitischer“ Fälschung; die neueste Fälschung ist nicht jesuitisch, da sie allzumal ist, um diesen Namen zu verdienen. Unter dem Stichwort „Freiheit und der „Vorwärts“. Ein Kapitel zur Propaganda der „That“, behandelt die „Germania“ die Stellung der Socialdemokratie zum politischen Attentat. Nach einigen von falschen Angaben überschneidenden historischen Bemerkungen wird bereits das Spiegel-Unternehmen gegen die am Niederwald-Denkmal vereinten deutschen Fürsten der Socialdemokratie ebenso zugeschoben, wie seitens anderer Reaktionen unter Protest des Centrums das Kullmann-

Attentat gegen Bismarck dem Centrum zugeschoben wird. Das Centrumblatt, das selbst gegen solche Zurechnungen entrüstet sich verweigert, leistet die noch mehr blöde als dreiste Gemeinheit:

„Reinsdorf und Kupich waren von Hause aus Socialdemokraten, und deshalb haben auch die Herren um Singer und Webel herum, welche die Revolution predigen, um die Revolutionäre nach Bedarf von ihren Hochsößen abzuschütteln, die Verantwortlichkeit für diesen verbrecherischen Plan natürlich den nach ihrer Ansicht „hervorbrannten Anarchisten“ in die Schuhe geschoben. Das ist bequem und mag ja auch praktisch sein, soweit es die deutschen „thatkräftigen“ Revolutionäre angeht, ist aber nichtsdestoweniger ein um so untraglicheres Zeichen einer hinterlistigen Politik, als dieselbe deutsche Socialdemokratie alle ausländischen Verdächtigten und deren Vererber mit vollen Backen lobpreist und zu weiteren Thaten anreizt. Denn hierin liegt der heimliche Sporn für deutsche Fanatiker und Querköpfe: „Seht, welche Gelder! Warum geht Ihr nicht und thut dergleichen?“

Und weiter entladet sich das Blatt für „Wahrheit, Freiheit und Recht“:

„Daß die deutsche Socialdemokratie in ihren leitenden Pressorganen zur Verherrlichung des Meuchelmordes ihre Kritik ausdehnt, ist eben nur der Beweis ihres internationalen Wesens, zeigt deutlich, daß sie sich mit der stillen Hoffnung trägt, der „Terror“ werde im eignen Lande die herrschenden Gewalten erschaffen, oder der dramatisch-fanatische Angriff auf die auswärtigen „Tyranen“ werde im eignen Lande Fanatiker erwecken lassen, welche man, wenn sie wahrhaftige Thaten begangen, bequem abschütteln kann. Gehen und nach den Folgen der Hezerei die Hände in Unschuld waschen, das ist socialdemokratische Politik, das ist wenigstens die Politik jener im Wohlsein dahinschlummernden politischen Drahtzieher, welche selbst für jede That zu feige sind.“

Schließlich behauptet der Artikel der „Germania“, der „Vorwärts“ habe in seiner Stellungnahme zum Attentat gegen Plehwe sich derselben Anstiftung zum Meuchelmord schuldig gemacht wie einst Mofl, der damals in England schwer bestraft sei.

In der Gemeinheit des Denunzierens hat hiermit die „Germania“ sich zur Würde der „Post“ erhoben, die sie freudig auf ihrer Höhe begriffen mag; aber die Einfältigkeit der Fälschung, auf der das Denunziationsstück ruht, ist über der „Post“.

Es bedarf keiner näheren Erörterung zur Feststellung der von der „Germania“ idiotisch einestellen Wahrheit. Die Socialdemokratie ist principielle Gegnerin des politischen Attentats, weil sie weiß, daß auch erfolgreiche Attentate ein politisches System nicht ändern. Die Socialdemokratie hat lediglich erklärt, es sei vollauf begreiflich, daß in Zuständen, wie sie in Rußland bestehen, wo jedes Mittel der organischen Entwicklung durch den Absolutismus zerbrochen wird, die Verzweiflung der Unterdrückten zum Attentat schreitet. Die Socialdemokratie hat also höchstensfalls dasjenige erklärt, was zahlreiche Heilige des Katholizismus, hervorragende Männer des Jesuitenordens als erlaubt gegenüber dem Tyrannen verurteilt haben.

Es ist die schäblichste Fälschung, welche die an Fälschungen reiche „Germania“ begangen, daß die Socialdemokratie „alle ausländischen Mordthaten und deren Mörder mit vollen Backen lobpreist“ und daß sie „deutsche Fanatiker und Querköpfe“ ansporne, daselbe in Deutschland zu verüben. Jedermann weiß, daß die Socialdemokratie unter allen Verhältnissen, in denen den Völkern eine geordnete und friedliche Entwicklung möglich ist, die „Propaganda der That“ nicht nur bekämpft, sondern ihr den Garau bereitet hat. Jedermann weiß, daß insbesondere Deutschland es der Socialdemokratie verdankt, daß nicht „Fanatiker und Querköpfe“, angereizt durch eine reaktionäre Politik und erregt durch den Trug einer sich christlich nennenden Partei der Geistesverdummung, zu Dolch und Dynamit greifen.

Die Fälschung der „Germania“ ist so ungeheuerlich narrenhaft, daß sie sich als höchst wirkungsvolle „Propaganda der That“ gegen das Ansehen der Partei erweist, für welche die „Germania“ das Wort führt.

Mirbach-Lustiges.

Die Mirbachade bereichert sich um eine schwankhafte Episode. Excellenz Mirbach hatte vordem zur Verrückung seines christlichen Wohlthuns auch die Hilfe des ehrbaren „Meinen Journals“ und seines Herausgebers Dr. Leo Leipziger in Anspruch genommen. Leipziger machte damals der Excellenz im Schloße Aufsicht und belehrte sich zu rasendem Monarchismus, das „Meine Journal“ wurde Hofjournal und erwarb mit Anerkennung als „jüdische Kreuz-Zeitung“. In die Zeit jener wonnigen Beziehungen zwischen dem Oberhofmeister und dem Oberhofjournalisten leistete dieser den Druck der Mirbach-Vorträge über die Palästina-Reise des Kaisers und der Kaiserin. In Seideneinband wurde die Schrift dem Kaiserpaare überreicht und der finanzielle Ertrag floß in die frommen Vereine des Herrn v. Mirbach. Doch der liebliche Bund löste sich allgemach, da der Dank an das Haus Leipziger nicht so ausfiel, wie erwartet war, und als nun im Sommerprozeß die Reize des Mirbachschen Wirkens für Kirchenbau und Wohlthätigkeit offenbar wurden, enthielt der in den heiligsten Gefühlen gekränkte Mann des einstigen Hofjournals jene zarten Beziehungen.

Jetzt hat die Leipziger Episode des Mirbach-Schauspiels die höchst-erгодliche Fortsetzung gefunden, daß Freiherr v. Mirbach sich zur erbobenen That erhebt, dem Dr. Leipziger die Druckkosten der Palästina-Reise zurückzuschicken. Die Firma Mittler u. Sohn, königliche Hofbuchhandlung und Hofbuchdruckerei, in deren Officin die Palästina-Reise veröffentlicht worden ist, machten Herrn Dr. Leipziger, wie dieser in seinem „Roland von Berlin“ erzählt, das Angebot, die 4800 M. zurückzunehmen. Erst durch wiederholte Nachfrage erhielt Dr. Leipziger Mitteilung, wer diese Zurückgabe veranlaßt hat. Dies Schreiben der Firma Mittler u. Sohn vom 9. August besagt:

Sehr geehrter Herr Doktor!

Auf Ihre geschätzten Schreiben vom 8. August teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß Seine Excellenz Herr Freiherr v. Mirbach in Folge des Auftrages in Ihrer Zeitschrift namens seiner Vereine und ersucht hatte, die Druckkosten an Sie zurückzuerstatten.

In größter Hochachtung

ergebenst

E. S. Mittler u. Sohn.

Freiherr v. Mirbach ist allgemach recht rückzahlungseifrig geworden. Ein Teil des Sommergeldes ist zurückgegeben worden, auch der Mammon vom Leipziger brennt dem Oberhofmeister auf die Seele. Einst war es gut und recht, vom „Meinen Journal“ den Druck der gottseligen Palästina-Episteln zahlen zu lassen und Geld für christliche Wohlthätigkeit zu empfangen. Da aber Dr. Leipziger die alte Kameradschaft der Dessenlichkeit überliefert hat, ist glühende Scham im hofmeisterlichen Rufen entzündet, und voll Entsetzen erkennt er das einst gern empfangene Gold des „Meinen Journal“ als satanische Versuchung, von der er sich schleunigst befreit.

Doch die groteske Situation steigert sich weiter: Dr. Leipziger erklärt entrüstet, Herr v. Mirbach trete seine Ehre mit Füßen, indem er ihm zumute, das für Wittwen und Waisen bestimmte Geld zurückzunehmen. Er verweigert die Annahme und Mirbach und seine Frommen müssen das jüdische Palästina-Geld behalten.

Ein hinreichendes Bild: Sie Lola Leipziger, für gekränkte Menschenwürde heftig streitend — Sie Mirbach, zornig in großer Rage schreitend, Lola aus dem Palästina-Epistolum u. ad; doch Lola hat das Heiligthum gezahlt und weicht nicht von der geweihten Stätte.

Nationalliberales Wahlrecht. Wir citierten gestern die reaktionäre Darlegung der „Hamb. Nachrichten“, die darauf kommt, daß, da weitere Erfolge der Socialdemokratie zu erwarten seien, möglichst schnell das Wahlrecht geändert werden muß. Diese Leistung, die den „Hamb. Nachrichten“ gewiß zukommt, wird aber auch in einem anerkannten Blatte der nationalliberalen Partei vollbracht. Das „Leipziger Tageblatt“ schreibt:

„Sollten wirklich die Reichstagswahlen wieder und wieder neue Erfolge der Socialdemokratie bringen, so wird natürlich eines Tages die Aenderung des Wahlrechts eine absolute Nothwendigkeit. Man wird doch schließlich dem herrschenden Regime keinen politischen Selbstmord zumuten dürfen.“

Dem nationalliberalen Blatt behagt das Wahlrecht „natürlich“ nur, sofern es seiner Partei und den ihr nabestehenden Parteien Erfolge bringt. Sobald die Wähler nicht so wählen, wie es dem nationalliberalen Blatt erwünscht ist, wird das liberale Grundprincip des gleichen Wahlrechts „natürlich“ fortgelassen. Liberale „Principien“ sind nur gut, wenn sie den Liberalen nützen und ihre Herrschaft sichern.

Wohin dieser schamhäßliche Verrat an allen freiheitlichen Grundgesetzen der Nationalliberalen führt, könnte das Leipziger Tageblatt gerade in Sachjen erkennen. Durch nichts ist dort jemals der Liberalismus — ganz abgesehen von der moralischen Entwürdigung — politisch tiefer herabgedrückt worden als durch die Mitwirkung an der Beseitigung des früheren fast allgemeinen sächsischen Wahlrechts. Die jämmerliche Angst vor den Erfolgen der Socialdemokratie hat die sächsischen Nationalliberalen unter den brutalen Fuß der konserverativen Reaktion gezwungen. Vergleichlich versuchen sie jetzt, sich von diesem qualvollen Druck zu befreien.

In den neuen Biersteuer-Plänen, die wir wiederholt kennzeichneten, schreibt die „Postische Zeitung“ in treffender Darlegung:

„Es liegen Anzeichen vor, daß eine Vorlage über die Erhöhung der Brausteuer dem Reichstage schon in seiner nächsten Session zu gehen werde. Zwar die Handelsverträge sind noch nicht angenommen, der neue Tarif noch nicht in Kraft, und niemand weiß, welche Regreimnahmen die erhöhten Zölle ergeben werden. Aber die weißblühende Regierung weiß bereits, daß sie nicht genügen werden, um den Fehlbetrag des Budgets zu decken, und deshalb soll das Bier, will sagen der Brauer, der Wirt, der Bürger „mehr bluten“. Man erzählt wohl von neuen Erhebungen, die noch über die Wirkungen einer Erhöhung der Brausteuer vorgenommen werden. Auch wird dem Fiskus wieder ein socialpolitisches Wäntelchen umgehängt; um die Staffeln der Steuer zum Besten der kleinen und mittleren Betriebe soll es sich handeln. Aber das ist alles schon dagewesen, den Kleinen schadet man, indem man ihm anderthalbmal mehr Steuer als bisher abnimmt und ihn tröstet, daß der Große zweieinhalbmal mehr als gegenwärtig zahlen soll. So ungefähr wird der neue Gesetzentwurf ausfallen.“

Der Verein der mittleren und kleinen Brauereien hatte gebeten, daß die jetzige Steuer von 2 M. auf den Centner Malz je nach der Größe der Betriebe auf 1,25 bis 3,50 M. abgestuft werde. Abzusen, erwidert der Fiskus, gern: aber die Kleinen zahlen 5 und die Großen 6,50 M. wie in Bayern. Das heißt dann socialpolitische Fürsorge für die Schwachen, wobei den Starken zugleich ihr altes Verlangen erfüllt werden soll, die den Ruf des norddeutschen Bieres schädigende Verwendung von Eurogoten zu verbieten.

Mit diesem Plane, vielleicht unter unwesentlichen Abänderungen, soll es jetzt ernst werden. ... Zwar ausgezeichnete Volkswirte, Geistliche, Aerzte, Männer wie Jünelburg, Baer, Rosenthal haben nachgewiesen, daß das Bier das sicherste und wirksamste Mittel gegen die namentlich in Norddeutschland noch verbreitete Branntweinpest ist und daß jede Erhöhung der Biersteuer eine unmittelbare Förderung des Alkoholismus bedeutet. Aber der Fiskus zuckt mit den Achseln und meint vielleicht, es ginge auch bei der Vertenerung des Bieres, wenn nur Kirchengebäude und die Frühlingsabgaben abgekürzt und abkürzende Wäntelchen von den Verheerungen, die die Trunklust anrichtet, auf allen Bahnhöfen angeschlagen werden. Denn der Fiskus will Geld haben, viel Geld; er braucht, wie der Vorgänger des Herrn v. Stengel sagte, Steuern, die „zu Buch schlagen“, und das seien die Steuern auf Tabak und vor allem auf Bier.

Nicht im Bundesrat wird die „Reform“ scheitern, sondern höchstens im Reichstag, und auch hier nur, wenn sich die öffentliche Meinung ebenso kräftig regt wie bei den früheren Vorlagen zur Verdoppelung der Brausteuer. Ein halbdugendmal ist dieser Plan gescheitert. Jetzt aber handelt es sich nicht um die Verdoppelung, sondern um die Verdreifachung der Steuer, und es giebt Leute im regierenden Centrum, die der Absicht der Regierung heute freundlicher Vorschub leisten als ehemals ihre Partei.“

Die „Königin der polnischen Krone“ und — § 130 (Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten). Wegen Verlaufs der so betitelten Proschüre war der Verleger eines polnischen oberösterreichischen Blattes, Hr. Ruda, angeklagt. Der Angeklagte erklärte vor dem Landgericht zu Ratibor (Oberö.), er habe als Buchhändler die Proschüre erhalten und da sie die Verfestigung des Bishops enthielt, habe er sie ohne Bedenken angenommen und gar nicht selbst gelesen.

Der Vorsitzende stellt an den Angeklagten die Frage, was er sich unter dem Wort „Polen“ denke. Der Angeklagte nennt die polnischen Landesteile und fügt zur Erklärung des Titels der Proschüre hinzu, daß der polnische König Jan Kazimir seine Krone unter den Schutz der heiligen Maria gestellt habe, die seitdem als „Königin der polnischen Krone“ angebetet worden sei. Das war also der Sinn der staatsgefährlichen Aufschrift! Schließlich stellt der R. A. Rozanski den Antrag, die Vernehmung des Grenzkommissars Mädlers als Sachverständigen abzulehnen, da er selbst die Untersuchung geleitet habe und als Grenzkommissar den Auftrag zur Beobachtung der polnischen Bewegung habe, also nicht Sachverständiger sein könne. Schließlich sei Herr Mädlar nicht in der Lage, ein Urteil über poetische Ergebnisse, um die es sich hier handele, abzugeben und sei Mitglied des „Dinamitvereins“, welcher darauf ausgeht, den Polen die konstitutionellen Rechte zu nehmen. Der Antrag des Anwalts wurde vom Gericht zum Verschlag erhoben, da Herr Mädlar als Polizeibeamter in der Sache thätig gewesen sei. — Der einzige vernommene Zeuge, der Polizeibeamte Wolnik, belumbet, er habe vom Polizei-Inspektor den Auftrag gehabt, die Proschüre zu laufen. — Schließlich wurde der Angeklagte freigesprochen, da nicht erwiesen wurde, daß er den Inhalt der Proschüre gekannt habe.

Von der russischen Grenze. Nach einer Mitteilung des Deutshener „Katholik“ haben preussische Beamte vor einigen Tagen mehrere Flüchtlinge aus russisch-Polen, welche die Grenze heimlich überschritten, um dem Militärdienst zu entgehen, in der Nähe von Rosdlin angehalten und an die Grenze zurückgebracht. Die preussischen Behörden werden jedenfalls, wenn sie angegriffen werden, erwidern, daß es sich um mittellose Leute gehandelt habe, die wegen ihrer Mittellosigkeit an ihren „Heimatstaat“ zurückgebracht worden seien. Mit dieser Begründung läßt sich allerdings jede Auslieferung an England erklären! —

Ausland.

Italien.

Die hohe Camorra Neapels vor dem Appellhof.

Rom, 14. August. (Fig. Ver.) Nach 34-tägigen Verhandlungen hat gestern das Appellationsgericht von Neapel das Urteil gegen den früheren Bürgermeister von Neapel Summonte, gegen den früheren Abgeordneten Casale und ihre Spiegelgesellen gefällt. Es handelt sich um jenen durch die Enthüllungen der socialistischen Zeitung „Propaganda“ heraufbeschworbenen Prozeß gegen die hauptsächlichsten Vertreter der administrativen Miswirtschaft in Neapel. Casale ist wegen Unredlichkeit im Amte, Bestechung, Kemterschacher angeklagt, die jahrelang seine Hauptverbergsquelle darstellten und ihm ein luxuriöses Leben gestatteten.

Auch der Bürgermeister verkaufte städtische Stellen, Kontrakte, Lieferungen und ließ sich in mehreren Fällen durch Geld bewegen, die wichtigsten Interessen der Stadt preiszugeben. Ueber die Gaunereien der hohen Herren ließe sich ein Buch schreiben: sie sind in der Enquete des Senators Saredo niedergelegt und der Geschichte erhalten.

Der Appellhof hat fast allen Angeklagten die Strafen der ersten Instanz vermindert. So erhielt Professor Summonte 2 1/2 Jahre anstatt 8 Jahre 1 Monat, ebenso Casale; für den früheren Stadtrat Ingenieur De Siena wurde das erste auf 2 1/2 Jahre lautende Urteil bestätigt, ebenso für den früheren Direktor der Gasgesellschaft, den Deutschen Viktor Kraft und den jetzigen Direktor Perause, die auch 2 1/2 Jahre bekommen haben. Es folgt dann eine Reihe von Gaunern kleineren Formats.

Dieses Urteil, das ebenso wie der Sturz der Verwaltung Summonte ohne die Campaigne der Socialisten nicht möglich gewesen wäre, bezeichnet einen Schritt zur Verbannung der bisher dem eleganten Parasitismus wehlos überantworteten Stadt, die zwar die Bourbonen los geworden ist, aber die Regierungssysteme der Bourbonen erst im „einigen Italien“ zur vollen Blüte kommen sah. —

Rußland.

Neue Judenmorde werden jetzt in Petersburg offiziell zugegeben. Nur soll die Zahl der Toten und Verwundeten nicht ganz so groß sein, wie von anderer Seite behauptet wird. Die Nachricht lautet:

Petersburg, 17. August. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) In der amerikanischen Presse war behauptet worden, in Ostrow, Gouvernement Radom, und in Partischew, Gouvernement Sedletz, seien Judenmassacres vorgekommen; in Ostrow seien am 13. August 20 Personen getötet, in Partischew am 12. August 100 Personen verewundet worden; die Zahl der in Partischew Umgebrachten sei nicht bekannt. Eingelegene Erkundigungen haben folgendes ergeben: Am 4. August ereigneten sich in Ostrow antisemitische Anschläge, die vier Stunden dauerten. Ein Jude wurde schwer verwundet und starb am folgenden Tage; 22 wurden leicht verwundet. Die Unruhen waren dadurch entstanden, daß ein jüdischer Knabe einen strenggläubigen katholischen geschlagen (i) hatte, was das Gerücht hervorrief, ein Christ sei durch einen Juden ermordet worden; nun wollten die Arbeiter an den Juden Rache nehmen. Was die Vorgänge in Partischew betrifft, so hatte die Polizei am 5. d. Mts. einen Haufen Juden ohne Gewaltmaßnahmen auseinandergetrieben. Der Grund des Aufruhrs war die Absicht der Juden, einen in Lublin getauften Juden zu verbergen. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei wurden 20 Personen leicht, aber niemand schwer oder tödlich verwundet. —

Massenverhaftungen. Das Bureau „Laffan“ meldet, daß dem „Standard“ aus Odessa unterm 15. August folgende Meldung zugeht:

Unter zahlreichen als politisch verdächtig während der verfloffenen Woche Verhafteten befinden sich etwa 150 Studenten und Studentinnen in jugendlichem Alter von 15 bis 20 Jahren, teilweise noch jünger bis herab zu 12jährigen Schülern. Die jugendlichen Verhafteten gehören sämtlich verschiedenen Gymnasien und Hochschulen an, deren Uniformen sie tragen. Den Eltern und Angehörigen der jungen Leute wird nicht gestattet, sich mit den eingesperrten Kindern in Verbindung zu setzen, bevor das erste Verhör durch den Untersuchungsrichter stattgefunden hat. —

Asien.

Zur englischen Tibet-Expedition. Lhasa, 17. August. Die Lage scheint sich zu bessern. Den Tibetern ist ein Vertragsentwurf unterbreitet worden. Der Dalai Lama beobachtet die Entwicklung der Dinge von einem acht Tagemärsche von Lhasa entfernten Kloster aus, wo er sich zur Flucht bereit hält. Die Tibeter sind vor allem gegen den englischen Entschädigungsanspruch. Im Gebirge bei Lhasa ist der erste Schnee gefallen. —

Afrika.

Zu den marokkanischen Unruhen. Oran, 17. August. (Meldung der „Agence Havas“.) 500 Marokkaner haben am 8. August bei der im Süden von Oran gelegenen Furt Jaiti eine kleine französische Kolonne angegriffen; von den Marokkanern wurden 45 Mann getötet. Ein Detachement von 200 Mann wurde nach der Furt Jaiti geschickt. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Nachrichten sind heute höchst dürftig und noch dazu zum Teil höchst zweifelhafter Natur. So z. B. folgende russisch-offizielle Meldung:

Petersburg, 17. August. Die „Russische Telegraphen-Agentur“ meldet aus Rudben von heute: 92 Bürger aus Port Arthur sind mit Familien dort eingetroffen. Die Japaner erklärten, dies sei der letzte Schuß, dem sie gestatter hätten, die belagerte Stadt zu verlassen; weitere Schiffe mit Flüchtlingen würden in den Grund gehöhrt werden; ein derartiges Schiff wurde genommen, der Masten und Segel beraubt und so auf hohem Meere sich selbst überlassen. Das Verhalten der Garnison ist bewundernswert. Die Bürger der Stadt treten in die Reihen der Truppen ein.

Diese Nachricht ist offenbar eine feiste russische Lüge, um die japanische Kriegsführung anzuschwärzen. Hat doch der Mikado belamlich allen Nichtkombattanten erst in den letzten Tagen angeboten, Port Arthur zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen!

Glaubhafter klingt schon folgende Meldung:

Tsushima, 17. August. Die in Port Arthur erscheinende Zeitung „Kobu Keroi“ teilt in ihrer Nummer vom 8. August die Veröffentlichung eines Erlasses des Hafen-Kommandanten, Admirals Grigorowitsch, mit, worin er den zahlreichen Dockarbeitern in Port Arthur, die nach Tsushima abreisen möchten, ins Gewissen redet. Er sagt, es wäre bellagenswert, wenn Leute, die bei der Verteidigung der Festung von Nutzen sein würden, dem Beispiel gewisser hervorragender Persönlichkeiten folgen und Port Arthur in schwerer Zeit verlassen wollten. Sie sollten sich schämen, besonders da sie bisher so Großartiges bei der Ausbesserung der Flotte ohne Tod geleistet hätten. Die ganze Welt habe ihre Leistungen bewundert, jetzt würde man sie aber als verächtliche Feiglinge betrachten. Der Admiral ermahnt schließlich die Leute im Namen des Jaren, zu bleiben.

Japanische Kontrolle in Tsingtau.

Berlin, 17. August. Gouverneur Truppel meldet aus Tsingtau: Japanischer Torpedobootzerstörer „Azaguchi“ ist am 16. d. M., morgens 10 Uhr, hier eingelaufen. Der an Bord befindliche Flaggkapitän des Admirals Dewa ist davon in Kenntnis gesetzt, daß die russischen Kriegsschiffe gestern desarmiert sind. Er ist um 12 Uhr mittags wieder in See gegangen. Die japanischen Kriegsschiffe unter Admiral Dewa sind um 2 Uhr nachmittags auf hoher See aus Sicht gekommen.

London, 17. August. Die „Daily Mail“ aus Tokio unter dem 15. August gemeldet wird, ist der russische Kreuzer „Kowil“ in der Van Diemen-Strasse in der Richtung auf Wladivostok fahrend gesehen worden.

Petersburg, 18. August. Einer Mitteilung des Generalstabes der Marine zufolge meldet der Kommandant der Kreuzerabteilung, die sich in Port Arthur befand, Konteradmiral Weizenstein, daß der Kreuzer erster Klasse „Koslow“ infolge von erlittenen Beschädigungen genötigt war, Schanghai

anzulaufen, wo er am 1. August eingetroffen ist. Während des Kampfes wurden auf dem Kreuzer ein Wadshipman und zehn Mann getötet sowie drei Offiziere und ein Beamter verwundet. Ferner wurden 15 Mann schwer und 29 Mann leicht verwundet.

Die japanischen Verluste in der Seeschlacht vor Port Arthur.

Tokio, 17. August. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Nach einem ergänzenden Bericht des Admirals Togo belaufen sich die japanischen Verluste in der Seeschlacht vom 10. d. Mts. auf 225 Mann.

Aus Pianjang

liegen folgende Meldungen vor:

Petersburg, 17. August. Der „Russischen Telegraphen-Agentur“ wird aus Rudben den 17. d. Mts. gemeldet: Auf unserer äußersten linken Flanke stehen uns die Japaner in Tsiantschau gegenüber. Am 15. d. Mts. rückte eine kleine feindliche Infanterie-Abteilung vor und besetzte den Dapiudschau-Paß, von dem sich unsere Wachttruppen zurückzogen.

Petersburg, 17. August. Die General-Kuropatkin dem Kaiser von gestern meldet, sind bei der Armee keine besonderen Veränderungen eingetreten. Es regnet fortgesetzt. Ueberall machen sich die Hungersnöte sehr bemerkbar. Wie gemeldet wird, haben die Japaner zwischen Tsingwangtschong und Pianjanguan eine schmalspurige Eisenbahn erbaut, auf der die Waggons von Menschen gezogen werden.

Vom Rückzug der Japaner hört man also nichts mehr!

Die geplünderten Postfächer des „Prinzen Heinrich“

Nagasaki, 17. August. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Die auf dem Dampfer „Prinz Heinrich“ im Roten Meere durch die Russen beschlagnahmten Postfächer sind hier eingetroffen. Sie wurden in Gegenwart des deutschen, französischen und englischen Konsuls geöffnet und geprüft. Viele eingeschriebene und gewöhnliche Briefe fehlen. Die Konsule bereiten einen energischen Protest vor.

Russische Kapererei.

London, 17. August. Nach einer Lloydmeldung aus Naccio berichtet der englische Kohlendampfer „Scotian“, daß er am 12. d. M. westlich der Straße von Gibraltar durch den russischen Kreuzer „Ural“, den früheren Dampfer des Norddeutschen Lloyd, Kaiserin Maria Theresia“, angehalten wurde; er erhielt später die Erlaubnis, seine Fahrt fortzusetzen. Der Kommandant des „Ural“ teilte ihm mit, daß er nach mehr als 200 Dampfern suche (?), die Kriegsflotten zur Weiterverfrachtung in spanischen und italienischen Häfen an Bord hätten.

Der 4. Internationale Metallarbeiter-Kongress

wurde vom Freitag bis Montag, vom 12.—15. August, in Amsterdam abgehalten; er erledigte seine Tagesordnung in drei Sitzungen im Hotel Monopole und einer Abend Sitzung im Diamantarbeiter-Gebäude. Hier fand auch am Freitagabend ein öffentliches internationales Meeting statt, in dem Vertreter aller Länder Ansprachen hielten. Da der Berichterstatter des von den Buchdruckern hochgeachteten Blattes „Telegraaf“ ausgewiesen wurde, verließen alle seine Kollegen von der bürgerlichen Presse den Sitzungsaal. — Auf dem eigentlichen Kongress hatten alle diejenigen Organisationen Sitz und Stimme, die dem in Sheffield befindlichen internationalen Informationsbureau angeschlossen sind. Demnach waren vertreten: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband für 160 000 Mitglieder mit drei Delegierten (Schilde-Stuttgart, Haal-Leipzig und Coblen-Verlin), zwei englische Organisationen für 146 000 Mitglieder mit 13 Delegierten, Desterreich für 20 000 Mitglieder mit dem Delegierten Heinrich Beer, die deutschen Kupferschmiede für 16 000 Mitglieder mit dem Delegierten Wischoff-Hamburg, Belgien für 7 000 Mitglieder mit vier Delegierten, Frankreich, Maschinenbauer und Metallarbeiter, mit fünf Delegierten für 19 000 Mitglieder, Dänemark mit einem Delegierten für 8 000 Mitglieder, ebenso Schweden und Norwegen mit je einem Delegierten für 17 000 bzw. 6 000 Mitglieder, desgleichen die Schweiz für 6 000 Mitglieder und schließlich Holland mit fünf Delegierten für 6 000 Mitglieder. Die junge ungarische Nation, die sich erst kürzlich dem internationalen Informationsbureau angeschlossen hat, hat einen Delegierten für ihre 14 600 Mitglieder entsandt, ist aber noch nicht stimmberechtigt. Insgesamt sind 33 Delegierte anwesend, die 420 000 Metallarbeiter von 11 Ländern repräsentieren.

Nach der Konstituierung erstattete der Sekretär den Bericht über die Anfragen und Antworten des Informationsbureaus sowie die Stoffverhältnisse. Auf Antrag der Rechnungsprüfer Smith und Wischoff wird Entlastung erteilt.

Dann wird in die Beratung über die Gründung eines internationalen Metallarbeiter-Bundes eingetreten. Die englische Delegation legt eine Resolution vor, die jede dem Informationsbureau angeschlossene Organisation verpflichtet, 20 Schilling pro Jahr und tausend Mitglieder (statt bisher 5 Schilling) zu zahlen. Die Hälfte soll für das internationale Sekretariat, die andre für Unterstützung bei großen Streiks verwendet werden.

Die deutschen Delegierten legen einen historischen und kritisch ausführlich begründeten vollständigen Statuentwurf in drei Sprachen (deutsch, französisch, englisch) vor. Er wird zur Grundlage der Verhandlungen genommen und zunächst in die Generaldiskussion über die Gründung eines internationalen Metallarbeiterbundes zur wirksamen Vertretung der Interessen aller Metallarbeiter eingetreten.

Latapie schlägt vor, eine germanische und eine romanische Sektion zu gründen mit verschieden hohen Beiträgen und Leistungen. Die Franzosen könnten bei ihren 10 St. Beitrag unmöglich den von der Resolution geforderten hohen Beitrag leisten.

Davis bekämpft diesen Antrag. Die Franzosen müßten eben nötigenfalls ihre Organisation ändern, um ihr Programm der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu erfüllen.

Cohen weist auf die sonderbare Verschiedenheit in den Ansprüchen und Leistungen der phrasenlustigen Franzosen hin und empfiehlt den deutschen Entwurf.

Augler-Paris: Auch wir bekämpfen Leute wie Latapie, die die Arbeiter im Glauben an die Nützlichkeit der keinen Beiträge erhalten wollen. Seit meine Organisation die Beiträge erhöht hat, hat sich ihre Mitgliederzahl verdreifacht. Die belgische Delegation stimmt ebenfalls dem deutschen Entwurf im allgemeinen zu, weil sie mit den hohen Beiträgen von 3 Fr. monatlich die besten Erfahrungen gemacht hat.

Ehrensekretär Hobson-England: In den vierzig Jahren meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit sind die Beiträge oft zwei bis dreimal im Jahr erhöht worden; wir haben monatlang bis zu 5 Sch. wöchentlich Extrabeiträge geleistet. Auch um ein festes internationales Bureau zu gründen sind Geldopfer nötig, will man nicht eine papierene, sondern eine wirkliche Organisation schaffen, die ihren Mitgliedern etwas nützen kann. Beim Nierenkampf der englischen Maschinenbauer um den Achtstundentag waren Sie stolz für Ihre englischen Kollegen so große Opfer bringen zu können. Schilde und Beer wissen, daß auch wir gern geben. Jetzt wollen wir die Solidarität auf alle Völker ausdehnen. (Bravo!)

Latapie verwahrt sich gegen die leichtfertige Art des Urteils über seine Organisation. Diese habe trotz der niedrigen Beiträge in den letzten 6 Monaten 6329 Franks für ihre und fremde Streiks aufgebracht (Lachen) und aus Solidaritätgefühl eine besondere Unterstützungskasse für zureisende ausländische Delegierte gegründet. Sie sei auch bereit, ihre Beiträge zu erhöhen. Aber in der französischen Uebersetzung der englischen Resolutionen siehe statt 20 Schilling 20 Pfund (Große Heiterkeit) und gegen diese hohe Summe habe sich sein jetzt fünfjähriger Antrag gewandt. (Erneute Heiterkeit.)

Unter allgemeiner Bewegung wird einstimmig die Gründung des Bundes beschlossen.

Am zweiten Sitzungstage folgte die Einzelberatung des Statuts: Zweck des Verbandes soll der Austausch von Berichten und Abhandlungen, Wahrung der Mitgliederrechte beim Uebertritt in eine andre Organisation sein; ferner Unterstützung schwacher Organisationen, finanzielle Hilfe bei Lohnkämpfen und Abhaltung von internationalen Kongressen. Zugelassen sind alle Metallarbeiter-Verände, die die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder bessern wollen. Die Bestimmungen über Aus- und Eintritt, sowie die Zulässigkeit außerordentlicher Beiträge werden debattiert. Um so bester wird die Diskussion bei Festsetzung der Höhe der Beiträge. Die deutschen Delegierten verlangen 40 Sch. pro Jahr und Tausend, die englischen wollen nur 20 Sch. bewilligen. Ein belgischer Vermittlungsantrag will 40 Sch. nur für das erste Jahr leisten und dann dem Generalrat überlassen, die Beitragshöhe zwischen 20 und 40 Sch. festzusetzen.

Davis bittet, die so schon mit allen möglichen Nebenabgaben belasteten englischen Gewerkschaften zu schonen. Lieber langsam vorwärts, als jemals auch nur einen Schritt zurück.

Schilde: Die internationalen Kongresse haben schon die schönsten Beschlüsse gefaßt; aber ihre Ausführung ist am Geldmangel gescheitert, das Sekretariat braucht Mittel für ganz neue Aufgaben. Gerade die gut fundierten englischen Gewerkschaften sollten sich nicht gegen den 40 Schilling-Vertrag sträuben.

Hobson erklärt freudlich, daß dafür keine englische Gewerkschaft zu haben sei. Die großen neuen Gewerkschaften, wie die Maschinenbauer, die für 20 Schilling schon ihren Eintritt angezeigt hätten, würden sich jetzt zurückziehen. Uebrigens habe der Kongress sich schon gestern principiell für die englische Resolution entschieden.

Daß sich der gestrige Beschluß auf die Beitragshöhe bezogen hätte, wird von Beer entschieden bestritten. Beer greift die englische Delegation scharf an. Sie verweigere, was sie gestern über Beitragshöhe und Kraft der Organisation gesagt habe. Dabei spielten sie sich immer als die allein Leistungsfähigen auf. Jetzt sollten sie zeigen, was sie könnten.

Damit schließt die Diskussion. Der deutsche Antrag wird mit 223 000 gegen 171 850 Stimmen angenommen. (Beifall und Widerspruch.)

Unter großer Unruhe verläßt der Vorsitzende die Verhandlung. Nach der Mittagspause verläßt Hobson einen Protest der Engländer gegen den gefaßten Beschluß: Sie seien durch den deutschen Antrag überumpelt worden, hätten gebundenes Mandat, nicht über 20 Schilling hinauszugehen. Infolgedessen müßten sie ihre Mitwirkung für den Teil des Betrages, der darüber hinausgehe, verweigern.

Gegen diesen Protest wenden sich lebhaft erregt alle kontinentalen Redner.

Beer verlangt lokale Unterwerfung unter die Beschlüsse der Mehrheit des Kongresses, wie sie die Deutschen stets geübt hätten.

Haal erinnert die Engländer daran, daß sie sich gestern den Namen „gute Demokraten“ beigelegt hätten. Wäre ihre Organisation und Klasse schwach, so ließe sich ihr Verhalten begreifen, so zeige es nur Mangel internationalen Solidaritätsgefühls.

Solan-Belgien: Wenn man nicht verpflichtet wäre, sich auch auf internationalen Kongressen den Mehrheitsbeschlüssen zu fügen, so hätten diese Kongresse überhaupt keinen Wert. Es wäre eine Schande, des Geldes wegen den gestern mit Begünstigung begründeten Bund scheitern zu lassen.

Nachdem noch Elferink und Latapie in gleichem Sinne gesprochen, erklärt Hobson: Sie könnten den gefaßten Beschluß nicht anerkennen, da er nicht genügend diskutiert worden sei. Der Fehler läge bei ihnen selbst: Sie hätten rechtzeitig sagen sollen, daß sie gebundenes Mandat hätten und über dessen Verzicht hinaus — als „gute Demokraten“ — erst ihre Mitglieder in den 33 Gruppen fragen müßten. Sachlich befürwortete sie, daß der Beschluß den Beitritt weiterer Organisationen verhindern, vielleicht sogar zur Spaltung führen werde.

Der belgische Delegierte macht nun unter Zustimmung der deutschen den Vermittlungsvorschlag 30 Schilling Beitrag.

Cohen will nur unter der Bedingung damit zufrieden sein, daß die englischen Delegierten sich persönlich verpflichten, in ihren Organisationen für Annahme der 40 Schilling einzutreten. Davis erklärt, die Engländer würden heute nicht einen Pfennig mehr bewilligen als 20 Schilling, seien aber bereit, ihren Mitgliedern Vorschläge für einen neuen Kongress im nächsten Jahr zu unterbreiten. Das ganze sei für sie eine Prinzipienfrage nach dem Recht ihrer Organisationen. Deshalb lehnten sie eine persönliche Bindung als eines Delegierten unwürdig ab. (Große Unruhe.)

Beer stellt danach fest, daß überhaupt nur solche Beschlüsse zu stande kommen könnten, die den Engländern genehm wären. Die kontinentalen Organisationen hätten aber nicht den mindesten Grund, sich allen Gewohnheiten der Engländer unterzuordnen. Man solle ihren Protest durch Kenntnisnahme erleben und in der Statutenberatung fortfahren. (Beifall.)

Inzwischen hat die belgische Delegation folgenden Vermittlungsvorschlag eingebracht, der nach kurzer Debatte einstimmig angenommen wird. Der Beitrag für 1904 beträgt 20 Schilling, doch müssen die englischen Delegierten die Mitglieder in einer Urabstimmung um Genehmigung des 40 Schilling-Beitrages ersuchen, den dann der Sekretär für 1905 ausschreibt. In der Abend Sitzung werden die folgenden Bestimmungen des Statutenentwurfs ohne wesentliche Änderungen angenommen. Sie betreffen Tätigkeit und Kontrolle des internationalen Sekretärs und der nationalen Vertrauensleute.

Höchste Instanz des Bundes ist der internationale Metallarbeiter-Kongress, der alle drei Jahre, spätestens also 1907, wo möglich in Brüssel stattfinden soll. Auf allen Kongressen soll künftig nach der Zahl der Mitglieder abgestimmt werden. Nachdem schließlich noch ein halbjähriger Zahlungsmodus festgesetzt ist, wendet sich die Beratung zur Frage des Sitzes des Sekretariats.

Hugger-Schweiz beantragt Schilde-Stuttgart zum internationalen Sekretär zu wählen. Die englische Delegation will gegen die Verlegung des Sekretariats nach Deutschland nichts einwenden, bittet aber, es vorläufig nach der Festigung des bisher lösen Bundes in England zu belassen, da es sonst undankbar gegen das Land scheinen könnte, das in schwierigen Zeiten das Informationsbureau aufrecht erhalten hätte. Auf diesem Punkte wird die Sitzung um 12 Uhr nachts abgebrochen. Am Montag morgen 10 Uhr wird folgender Kompromißantrag vorgelegt und einstimmig angenommen:

Der Sitz des Bureaus geht am 1. August 1905 nach Deutschland über; dann wird Schilde-Stuttgart Sekretär, der für die kontinentalen Länder schon jetzt seine Tätigkeit aufnimmt. Damit ist die Statutenberatung erledigt. Der internationale Metallarbeiterbund gegründet. Noch werden der holländischen durch den Generalstreik schwer geschädigten Metallarbeiter-Organisation und dem bisherigen Sekretär je 50 Pfund überwiesen. Dann betonen in den üblichen Dank- und Schlussreden besonders die Engländer die Freude über die erzielte Einigkeit und ihre unverbrüchliche Treue zur internationalen Union.

Unter lebhaften Ausdrücken der Befriedigung schließt der Kongress. Die Delegierten vereinigen sich spontan zu einem Festbankett.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein Nierenkampf in der Metallindustrie scheint sich aus dem Streik der Former bei der Firma Schwarz-Kopff u. Co. zu entwickeln.

Die Situation wird ernster!

Da die Kühnemanns bisher nur einen Teil der Handformer und Kernmacher ausgesperrt haben, nichtsdestoweniger aber in auswärtigen Blättern permanent nach Arbeitskräften suchen, sah sich die Streikleitung veranlaßt, den Ursachen dieser Taktik näher auf den Grund zu gehen. Die reichliche Prüfung der ganzen Verhältnisse ergibt nun folgendes Gesamtbild:

Es sind mit Einschluß der seit gestern Entlassenen 814 Formner und Kernmacher ausgesperrt. Diese verteilten sich auf 24 dem Rühnemänner-Verbande angehörige Giebereien, während in 13 Betrieben voll gearbeitet wird; von den letzteren sind 10 Betriebe ringsfrei, d. h. dem Metallindustriellen-Ring nicht angegeschlossen. Voraussichtlich werden sich die 10 ringsfreien Firmen auch im weiteren Verlaufe des Kampfes nicht um die „Anordnungen“ der Rühnemänner klammern. In den Ring-Giebereien werden nun mit Hilfe der noch nicht ausgesperrten Hand- und besonders der Maschinenformer die notwendigsten Arbeiten fertiggestellt, während die übrigen Gussarbeiten nach auswärts vergeben werden. Durch diese Taktik sind die Rühnemänner in der Lage, sich eine geraume Zeitlang durchzuhelfen, ohne die ausgesperrten besonders zu entbehren. Sie können also die Aussperrung in ihrer jetzigen Gestalt noch auf Wochen hindurch fortsetzen und den Kampf auf diese Weise in aller Ruhe verschleppen.

Offenbar ist dies auch ihre Absicht, um dann später, wenn es ihnen gelingen sollte, auswärtige Arbeitswillige heranzuziehen, einen Druck auf die ausgesperrten dahin auszuüben, daß diese ihre streikenden Kollegen zum Fallenslassen ihrer berechtigten Forderungen der Firma Schwarzkopff gegenüber veranlassen. Diese Rechnung der Rühnemänner dürfte sich als eitel erweisen, denn die ausgesperrten Formner sind nicht gewillt, länger ruhig mit anzusehen, wie ihre noch nicht ausgesperrten Kollegen die dringendsten Arbeiten der Rühnemänner nach und nach fertig machen, während sie selbst auf der Straße liegen müssen, nur weil es den „Herren aus der Gartenstraße“ nun einmal so paßt. Hingukommt noch, daß es die arbeitenden Formner ebenfalls nicht länger mit ihrer Klammerei für vereinbar halten, den Rühnemännern die Arbeiten fertigzustellen, während ihre ausgesperrten Kollegen sich die Fabriken von außen ansehen müssen, nur um einer brutalen Herrenliste willens.

Aus diesen Verhältnissen heraus hat es die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes im Verein mit der Agitationskommission für ihre Pflicht gehalten, die Sachlage einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und entsprechende Gegenmaßnahmen in Vorschlag zu bringen, die sie den Formnern dann unterbreitete.

Zu der gestrigen Vormittags-Versammlung der Formner wurde darüber beraten und dabei allgemein die Ansicht vertreten, daß der jetzige Zustand einfach unhaltbar sei. Es liege weder im Interesse der Formner, noch der gesamten Metallarbeiter, die Rühnemänner in ihrer Verschleppungsdiaktil ungehindert fortfahren zu lassen. Die Zustände drängen zu einer Entscheidung, so oder so. Deshalb beschloß die Versammlung einstimmig,

zunehmend aus der Defensiven herauszutreten und selbst zum offenen Angriff überzugehen.

Zu diesem Zwecke wurden einmütig folgende Maßnahmen gutgeheißen:

In den Ringgiebereien haben sämtliche noch beschäftigten Hand-, Lehm-, Platten-, Kisten- und Maschinenformer die Arbeit niedergelassen, sobald sie mit ihren angefangenen Arbeiten fertig sind.

Auf Puffer und Kernmacher findet dieser Beschluß keine Anwendung; doch haben diese jede Ausführung von Streikarbeit irgend welcher Art strikte zu verweigern, nachdem von Fall zu Fall darüber entschieden ist.

Mit der Durchführung dieses Beschlusses dürfte sich die Zahl der Ausständigen und Ausgesperrten bis Sonnabend bereits um 500 erhöhen. Wieviel Schlosser, Dreher usw. alldam noch in Mitleidenschaft gezogen werden, steht noch dahin. Die Ortsverwaltung Berlin hat auch bereits an der Hauptvorstand des Metallarbeiter-Verbandes das Ersuchen gerichtet, zu veranlassen, daß die Formner der Provinzialhäute jetzt ebenfalls zur Verweigerung der Berliner Streikarbeit Stellung nehmen. Eine Entscheidung darüber dürfte schon in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Die etwaigen Folgen dieser Maßnahmen lassen sich noch gar nicht absehen; sie können möglicherweise eine schwere Erschütterung in der ganzen Eisenindustrie herbeiführen. Eine Verantwortung für diese Folgen aber kann der Metallarbeiter-Verband mit ruhigem Gewissen ablehnen. Die ganze Schuld trifft einzig und allein den verächtlichen Schwarzkopff-Verband der Berliner Metallindustriellen. Zu ihrem jetzigen Vorgehen sind die Arbeiter durch die Haltung der Rühnemänner gezwungen worden; sie mußten zur Offensive übergehen im Interesse ihrer ausgesperrten Kollegen. Wenn man sich vergegenwärtigt, um welcher geringfügigen Ursache willen diese Aussperrung inszeniert worden ist, wie die Rühnemänner nur aus purem Machtbunzel und unter offenbarem Mißbrauch ihres Einflusses die fast schon erfolgte Einigung zwischen den Streikenden und ihrer Firma hintertrieben haben — dann dürfte schließlich auch dem Einsichtlosesten die Gemeinschädlichkeit dieser verbotenen deutschen Unternehmerrippe zum Bewußtsein kommen. Druck erzeugt Gegenruck. Viele Jahre lang haben die Berliner Metallarbeiter unter dem eisernen Druck des Rühnemänner-Verbandes zu leiden gehabt. Wenn sie jetzt gegenwärtigen den energischen Versuch machen, diese unwürdige Fessel zu sprengen, so dürfen sie der vollen Sympathie der gesamten deutschen Arbeiterschaft sicher sein.

Der Protest der Berliner Metallarbeiter gegen die Prohibition der Rühnemänner.

Gestern Abend wurden in Berlin und Umgegend 15 öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen abgehalten mit der Tagesordnung: Die Aussperrung der Berliner Formner und Gieberei-Arbeiter durch die Rühnemänner und deren Folgen für die Berliner Metallarbeiter. Die Versammlungen fanden statt in den Germania-Sälen, Bernhard-Rose-Theater, Bernau's Festhallen, Stolberger Salon, Kösliner Hof, Kronen-Druckerei, Kellers Festhallen, bei Wagnersbogen und in der Urania; ferner in Charlottenburger Volkshaus, bei Trapp in Ziegel, bei Thiel und den Victoria-Sälen in Rixdorf, Haffelwerder in Ober-Schöneweide und Weimanns Klubhaus in Schöneberg. Als Referenten fungierten die Organisationsvertreter Behrens, Wuse, Hartmann, Henning, Körsen, Müller, Pantowitsch, Behold, Plath, Scheffler, Dumenthal, Wiesenhal, Wilde, Wischik und Jernide.

Wie nicht anders zu erwarten, gestalteten sich die Versammlungen zu einer großartigen Kundgebung zu Gunsten der streikenden und ausgesperrten Formner. Sämtliche Versammlungen waren überaus stark besucht; einige waren wegen Uebersättigung sogar abgebrochen. Als die Redner nach einer sachlichen Darlegung der Ursachen des Schwarzkopff'schen Streiks den brutalen Eingriff der Rühnemänner in die mit der Firma gepflogenen Einigungsverhandlungen charakterisierten, da erhob sich ein allgemeiner Entrüstungssturm, der auf das augenscheinlichste bewies, mit welchem Grimm die Metallarbeiter den bisher so rücksichtslos ausgeübten Druck des Rühnemänner-Verbandes empfinden. Der wiederholte stürmische Beifall, der den Rednern gezollt wurde, ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die gesamten Metallarbeiter das ganze bisherige Verhalten der Streikenden und Ausgesperrten durchaus billigen und dem weiteren Verlauf der Dinge mit voller Zuversicht entgegensehen. In diesem Bewußtsein erhoben sich in den einzelnen Lokalen dann auch die Hände sämtlicher Versammlungsteilnehmer einmütig für folgende Resolution:

Die heute, den 17. August, tagende Versammlung nimmt Kenntnis vom Stande des Streiks bei Schwarzkopff und der Aussperrung der Berliner Formner und Gieberei-Arbeiter und erklärt:

1. Seltener ist wohl in so früherer Weise eine Aussperrung wie die gegenwärtige von den Rühnemännern veranlaßt worden.

2. Wie immer ist von untrer Verhandlung versucht worden, bei den Verhandlungen alle Differenzpunkte zu überbrücken.

3. Aus diesem Nachstreik lernen die Berliner Metallarbeiter, der einzige Schutz gegen solche Unternehmerrückwärts besteht in einer großen starken Organisation.

Die Versammelten werden in moralischer wie materieller Beziehung den Streikenden und Ausgesperrten jede Unterstützung gewähren.

Lohnbewegung der Lugsuspapier- und Kuvierarbeiter und Arbeiterinnen.

Die in Lugsuspapier-, Spitzenpapier-, Papierausstattungs-, Kuvier- und Kartonpapier-Fabriken thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen haben gestern Abend in einer stark besuchten Versammlung beschloffen, in eine Lohnbewegung einzutreten, um ihre größtenteils recht erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Verlangt wird, daß in allen Branchen nicht länger als 8 Stunden täglich gearbeitet wird, an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage nur 8 1/2 Stunden. Für Ueberstunden, sowie für Nacht- und Sonntagsarbeit werden bestimmte Zuschläge verlangt. Ferner werden für die Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der verschiedenen Branchen bestimmte Minimallohne verlangt. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammelten erklären ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten, machen die verschiedenen Forderungen zu den ihrigen und beauftragen die Lohnkommission, den Fabrikanten die Forderungen innerhalb 8 Tagen einzureichen. Die Versammlung erwartet von den Prinzipalen, daß sie den berechtigten Wünschen der Arbeiter und Arbeiterinnen voll und ganz Rechnung tragen, umso mehr, als die Kollegen und Kolleginnen in den Buchbindereien die geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen bereits haben. Sämtliche Anwesende verpflichten sich, für Stärkung der Organisation unermüht zu arbeiten und die Forderungen mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen.“

In die Lohnkommission wurden gewählt: Drauz, Kemple, Rippold, Bärzberger, Blesche, Rang und Heinrich.

Zum Wasserstreik. Eine am Mittwochabend im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Glaser beschäftigte sich nochmals mit dem vorgelegten Tarifentwurf. Bei Schluß der Debatte waren die Meinungsverschiedenheiten über Annahme oder Ablehnung des Tarifs noch so wenig geklärt, daß die für morgen in Aussicht gestellte Wiederaufnahme der Arbeit kaum erfolgen dürfte.

Mit dem Streik der Marmorfabrikateure steht es, wie aus dem Bericht, der gestern Abend in der Branchenversammlung gegeben wurde, hervorging, recht günstig. Demütigt haben nur neun Firmen, die zusammen 27 Marmorfabrikateure beschäftigen. Es handelt sich hier teils um Geschäfte, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht günstig waren, so daß mit der Bewilligung erhebliche Verbesserungen verbunden sind. Bei drei Firmen: Hauer, Winkelmann u. Dräger und Möller wird noch gestreikt. Streikbrecher sind nicht vorhanden und werden wohl auch für diese eigenartige Spezialarbeit, die in ganz Berlin nur von ungefähr 60 Arbeitern verrichtet wird, schwerlich aufzutreiben sein. Unter diesen Umständen ist wohl zu erwarten, daß der Tarif in kurzer Zeit bei allen Firmen durchgeführt ist.

Deutsches Reich.

Die Gusspuffer der Firma Körting in Hannover legten die Arbeit nieder, weil ein Kollege gemahregelt wurde, der die verfertigte Arbeit zwecks Kontrolle nachwog und ansah. Von 55 Puffern erklärten sich 52 mit dem Gemahregelten solidarisch.

Die Tischler zu Halle a. S. haben mit 165 gegen 28 Stimmen den Beschluß gefaßt, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde für Tischler und Maschinenarbeiter. Letzteren die Arbeiter Hobelbank und Werkzeug, so sollen ihnen 45 Pf. pro Stunde, und wenn sie direkt beim Baumunternehmer arbeiten, 50 Pf. gezahlt werden. Die Forderungen sind am Montag den Rednern gestellt worden. Die Deantwortung derselben wird bis Freitag erwartet.

30 arbeitswillige Böhmen, die sich auf der Reise nach den Unterverwertern befanden, sind in Wagbeurg, wo man sie über die Verhältnisse aufklärte, umgekehrt. Vier Tischler aus Prag, die schon bei Bremerhagen gelangt waren, kehrten gleichfalls nach der Heimat zurück. Die Unternehmer sind jetzt beim Abschluß ihrer Verträge mit den Streikbrechern sehr vorsichtig geworden, um die Entschädigungsklagen zu vermeiden, die vielfach von seiten der unter Verhinderung des wahren Tatbestandes nach Streikorten verlockten Arbeiter gegen sie erhoben worden sind. Die Unternehmer der Unterverwerter wenigstens legen den Arbeitswilligen Verträge vor, in denen es ausdrücklich heißt: „Die vertragschließenden Arbeitnehmer erklären, daß ihnen über den in den Unterverwertern bestehenden Anstalt die wahrheitsgemäße Mitteilung gemacht ist, daß dieser nicht wegen Lohnstreitigkeiten entstanden ist, sondern daß die streikenden Arbeiter den von dem Arbeitgeber-Verbande errichteten Arbeitsnachweis nicht anerkennen wollen.“ — Man legt aber die Arbeitswilligen nicht desto weniger hinein. Im § 2 des Vertrages wird denselben nämlich für Maurer- oder Zimmerarbeiten ein Stundenlohn von 50 Pf. zugesichert, im § 4 aber heißt es: „Die Arbeitgeber verpflichten sich, daß möglichst in Accord gearbeitet werden soll.“ Wieviel der Arbeitswillige dabei verdient, ist ja hintennach seine Sache.

Kursland.

Die Differenzen der Arbeiter mit der Schweizerischen Kleiderfabrik in Jülich sind zur Zufriedenheit der ersteren erledigt worden. Die Restlohnarbeit bleibt beibehalten, die Tagelöhne sind mit 5 Fr. im Minimum für die Arbeiter, mit 2,50 bis 3 Fr. für die Arbeiterinnen festgesetzt. Die Behandlung soll besser werden.

Der Streik der Lualirbeiter in Wien ist beendet. Die Streikenden erreichen eine Lohnaufbesserung. Alle ihre Forderungen konnten sie wegen der mangelnden Organisation nicht durchsetzen.

Der Ausstand in Prag und Dux ist nach einer Meldung des „Wolffschen Bureaus“ beigelegt.

Gerichts-Zeitung.

Eine „Doktorfrage“ beschäftigte gestern die Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I. Der Tischlergeselle Robert Wessel betreibt als Nebenerwerb auch den eines Rasseurs und beschäftigt sich auch mit der Ausübung der Naturheilkunde, jedoch nicht gewerbmäßig, sondern nur auf Empfehlung. Seine Spezialität ist Rheumatismus. Wessel schrieb an einen seiner Patienten eine Postkarte, auf welcher er sich als „Naturheil-Dogent“ bezeichnete. Die Polizeibehörde erwiderte in dieser Bezeichnung die widerrechtliche Beilegung eines ärztlichen Titels. Wessel wurde vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Die Strafkammer hob das Urteil auf und sprach ihn frei. Es sei zwar festgestellt worden, daß die Patienten des Wessel diesen „Herr Doktor“ oder ähnlich titulierten, daß er selber aber niemals sich so genannt habe. Im vorliegenden Falle habe der Angeklagte nur die Bezeichnung gebraucht, um einen Irrtum zu vermeiden, da zufällig in seinem Hause drei Wessel wohnten. Aus diesem Einzelfalle lasse sich ein Vergehen gegen die Gewerbe-Ordnung nicht herleiten. Wegen dies freisprechenden Urteils legte die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Revision ein. Dieses wies die Sache an das Landgericht zurück mit der Begründung, daß es gleichgültig sei, ob in Einzelfälle der Glaube erweckt werde, daß man es mit einer Medizinperson zu thun habe oder nicht. Es komme vielmehr darauf an, ob der ärztliche Titel im allgemeinen geeignet sei, den Glauben zu erwecken, daß man es mit einer

Medizinperson zu thun habe. Im vorliegenden Falle treffe dies zu, da die Postkarte nicht allein in die Hände des Adressaten gelangte, sondern auch anderen Personen zu Gesicht kommen konnte. Die Ferien-Strafkammer stellte in der erneuten Verhandlung denselben Sachverhalt fest wie in der früheren, sowie auch, daß der fragliche Empfänger der Postkarte es gewußt habe, daß Wessel Tischlergeselle und nicht Arzt sei. Die Strafkammer gelangte wiederum zu einem freisprechenden Urteil, mit der Begründung, daß Wessel nur aus bestimmten Gründen sich auf der Postkarte „Naturheil-Dogent“ bezeichnet habe und daß durch diesen Einzelfall nicht erwiesen sei, daß er sich fortgesetzt widerrechtlich einen ärztlichen Titel beigelegt habe. Dies sei aber zu einem Vergehen gegen die Gewerbe-Ordnung erforderlich.

Internationaler Kongress in Amsterdam.

Amsterdam, 17. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Kommission, welche die internationale Taktik behandelt, tagte seit Montagnachmittag. Nach Guesde begründet Jaurès seinen Standpunkt. Ihm antwortet Kaustkn Adler und Vandervelde nehmen vermittelnde Stellung ein. Sie beantragen, aus der Dresdener Resolution alle verurteilenden Ausdrücke zu entfernen und sich mit positiver Prinzipienklärung zu begnügen. Bebel begründet in einer halbseitigen Rede die Notwendigkeit, der Dresdener Resolution mit ihrer scharfen Betonung des Klassenkampfes internationale Geltung zu verschaffen. Es sprachen in gleichem Sinne Jglesias, Helquist, Velfort-Waz, Nemez, Rosa Luxemburg, Plechanoff, während Troetska, Adler, Burnemont, Renaudel, Knudsen, Pranting für die Resolution Vandervelde-Adler eintreten. Das Schlusswort Jaurès' führt zum Zusammenstoß mit Guesde. Bebel, Adler, Ferri, Vandervelde, Troetska bringen Zusatzresolution ein, die Einigkeit der Sozialdemokraten in den einzelnen Ländern fordert und die Dienste des Internationalen Bureaus zur Herbeiführung dieser Einigkeit anbietet. Die Abstimmung der Kommission erfolgt morgen.

In der Plenarsitzung erledigte der Kongress heute zunächst die Frage der Arbeiterversicherung. An ein Referat Rokenbuhers schloß sich eine kurze Debatte, in der Helquist die Stelle der deutschen Resolution, die sagt: „Jeder Mensch hat Recht auf Erhaltung“ als idealistisch-encyklopädisch bekämpfte. Sturm wies die Kritik zurück. Die deutsche Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die Beratung der englischen Resolution gegen die Kolonialwirtschaft in Indien gestaltete sich zu einer Demonstration gegen Englands Raubsystem. Der achtzigjährige Hindu Kaoroji rief das internationale Proletariat an, die Sache des unterdrückten indischen Volkes zur eignen zu machen, damit den Indiern endlich Selbstverwaltung gewährt werde. Unter stürmischem Beifall erfolgte die einstimmige Annahme der Resolution, von Van Kol als einstimmendes Brandmal der Schande Englands bezeichnet.

Zum Schluß erfolgte ein kurzes Referat Wibauts (?) - Belgien über Trnava. Die Resolution wurde zur nochmaligen Prüfung an die Kommission verwiesen und die Debatte auf morgen verlag.

Versammlungen.

Vierter Wahlkreis (Osten). Der Sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag in Friedrichs Lokal, Große Frankfurterstraße 30, eine Mitgliederversammlung ab, in der Dr. Stein Schneider in ca. 1 1/2 stündigen Vorträge über „Die sozialen Aufgaben des Genossenschaftswesens“ sprach. Nach beendeter Diskussion ging Brückner auf die kürzlich von Dr. Friedberg entwickelten Anschauungen über Parlamentarismus und Generalstreik ein, wobei er betonte, der vierte Kreis habe eine besondere Verpflichtung, sich mit Dr. Friedberg zu befassen, weil dieser mit einem Stadtverordnetenmandat aus dem Kreise betraut sei. Bisher habe man Leute mit Friedberg'schen Ansichten nur außerhalb der Partei angetroffen. Es erwecke jetzt aber den Anschein, als solle eine Arbeitergruppe, die bisher in der Gewerkschaftsbewegung leidend schon so zerstreut und zersplittert gewirkt habe, auch noch dazu benutzt werden, um Zersplitterungen in der Partei herbeizuführen. Dem müsse denn doch energisch vorgebeugt werden, und dazu sei es erforderlich, zu den Extravaganzen Dr. Friedberg's entschieden Stellung zu nehmen. Redner legte seine feinen Ausführungen unterstützende Resolution vor. Wengels bemerkte dazu, Friedberg sei jedenfalls nur „ausgerutscht“; im übrigen habe ihn aber jeder feine Mensch und Genosse im Laufe der Jahre schon gelernt. Trotz seiner allerdings merkwürdigen Anschauungen sei er ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, und über solchen Mann solle man nicht leicht den Stab brechen. Zum mindesten müsse man antworten, wie sich die ordentlichen Parteinstellen zu seiner Angelegenheit äußern werden. Derselben Ansicht war auch der Vorsitzende Wittin, der eine weitere Erörterung der Sache schon um deswillen nicht empfahl, weil Dr. Friedberg gegenwärtig in Amsterdam weilte und sich insoweit nicht verantworten könne. Die Versammlung stimmte sodann dem Vorschlage zu, die Debatte abzubrechen und Dr. Friedberg zwecks gegenseitiger Aussprache zur nächsten Versammlung einzuladen. Die Resolution Brückners soll dann erneut eingebracht werden und als Unterlage für die weitere Diskussion dienen. — Wittin giebt sodann bekannt, daß 138 neue Mitglieder aufgenommen sind und erucht gleichzeitig, die bisherige Sperre über das Scheruch'sche Lokal (Reo-Hospiz) aufzuheben, weil es ein unhaltbarer Zustand sei, wenn die Beschlüsse eines Kreises mit den Beschlüssen der Lokalkommission einander gegenüberstehen. Die Versammlung stimmte dem zu.

Der Centralverband der Zimmerer hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus seine Zahlstellersversammlung ab. Die Versammlung ehrte zunächst das Andenken von 4 verstorbenen Kameraden durch Erheben von den Plätzen. Sodann verlas der Kassierer Welfow die Abrechnung vom 2. Quartal 1904. Dieselbe ergab eine Einnahme von 20 751,35 M., mit dem Bestand vom 1. Quartal in Höhe von 55 087,98 M., also insgesamt 84 839,33 M. Die Ausgabe betrug 25 981,55 M., davon an die Hauptkasse gezahlt 21 029,70 M., bleiben als Bestand am Schluß des 2. Quartals 58 807,48 M. Hierauf hielt Genosse Calmer einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Bildung und Bildungsmittel“. Seine Ausführungen gipfelte in der Forderung besserer Volksschulverhältnisse. Diese seien das Fundament, worauf eine bessere Allgemeinbildung des Volkes aufgebaut werden könne. In der Diskussion wurde jedoch auch in Bezug auf die Bildung der Arbeiterklasse die Selbsthilfe scharf betont. Alldam wurde ein aus zwei Bezirken gestellter Antrag diskutiert, das Gehalt der beiden im Bureau angestellten Kameraden von 120 auf 175 M. monatlich zu erhöhen. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Budapest, 17. August. (B. T. Z.) Die Mühlensarbeiter, etwa 6000 Mann, stellten heute Abend die Arbeit ein und beschloffen in einer zweistündigen Versammlung den allgemeinen Ausstand, welcher von morgen ab beginnen soll.

Vom ostasiatischen Kriegskampflage.

Tsifus, 17. August. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Die Japaner fahren in die Taubenbucht ein und rücken von Palinghing aus, zwei Meilen nördlich von Port Arthur, gegen die Festung vor. In der letzten Nacht wurde Fort Arthur von der Taubenbucht her bombardiert.

Internationaler sozialistischer Kongress.

Dritter Verhandlungstag.

Amsterdam, 16. August 1904.

Am Montagvormittag und Dienstagvormittag haben die sechs Kommissionen getagt. Wie der Sekretär Serow mitteilt, haben zwei dieser Kommissionen ihre Arbeit beendet. Die Kommission für Sozialpolitik und Arbeiterversicherung hat Mollenbuhr zum Berichterstatter bestimmt und legt folgende Resolution vor:

In Erwägung, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft in der Regel nur so kleinen Lohn erhalten, daß dieser kaum zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse während ihrer Thätigkeit langt, so daß sie in Not und Elend verfallen, wenn sie verhindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten, sei es durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter oder Arbeitslosigkeit — weibliche Arbeiter auch durch Schwangerschaft oder Mutterschaft, in fernerer Erwägung,

daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz und die Gesellschaft ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft hat, müssen Einrichtungen geschaffen werden, welche die Not der Arbeiter und den hierdurch hervorgerufenen Verfall ihrer Arbeitskraft verhindern.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann dies am besten durch eine wirksame Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung erreicht werden. Die Arbeiter aller Länder haben daher Einrichtungen zu fordern, durch welche Krankheit, Unfall und Invalidität möglichst verhindert werden, und durch obligatorische Versicherungsgeetze ihnen ein Rechtsanspruch auf ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt und zur ärztlichen Hilfe gewährt wird, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Schwangerschaft, Mutterschaft, oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten.

Die Kosten der Versicherung sind in erster Linie bei der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung durch direkte Steuern vom Vermögen, Einkommen und Erbschaft progressiv zu tragen. Wo dies nicht geschieht, werden die Beiträge, auch wenn sie von den Unternehmern gezahlt sind, stets einen Teil des Arbeitslohnes in Anspruch nehmen. Es ist daher Aufgabe der Arbeiter, diesen Lohnverlust durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation auszugleichen.

Die Arbeiter müssen fordern, daß diese Versicherungs-Einrichtungen unter die Selbstverwaltung der Versicherten gestellt und daß für einheimische wie ausländische Arbeiter aller Nationen ein und dieselben Bestimmungen getroffen werden.

Die Kommission für Sozialpolitik hat nach einer lebhaften Debatte zwischen Ed. Bernstein und Hyndman England über die Lage der indischen Bevölkerung und das Verhalten der englischen Regierung zu ihr folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung der Arbeiterdelegierten der ganzen zivilisierten Welt hat von den Vertretern Englands und Indiens gehört, daß in Indien wie überall von England dem Volke unaufrichtig seine Erwerbsquellen genommen, daselbst ausgebeutet und bestohlen wird, daß größte Armut, Elend und Hungernot von mehr als 200 Millionen Menschen auf indischen Gebieten herbeigeführt wird. Sie fordert deshalb die Arbeiter Großbritanniens auf, ihre Regierung zu zwingen, das jetzige rachslose und entehrende Kolonialsystem aufzugeben und die leicht durchführbare Einrichtung einer Selbstverwaltung der Indier unter englischer Oberherrschaft herbeizuführen.

Ferner hat die Kommission eine allgemeine Resolution über kapitalistische und sozialistische Kolonialpolitik nach dem Antrage de Bruckers verabschiedet.

Für die heutige Sitzung werden durch Acclamation Belgien, Amerika, Cipriani-Frankefort (Zaursist) und Iglesias-Spanien zu Vorsitzenden bestimmt.

Das Bureau schlägt vor, die Sitzung zu schließen und erst morgen früh wieder in die öffentliche Plenarberatung einzutreten, damit unterdes die anderen Kommissionen, besonders die über die Taktik und die internationalen Regeln der sozialistischen Politik, auch ihre Arbeit beenden können.

Hyndman (Socialdemocratic Federation) bittet, sofort in die Beratung über Arbeiterversicherung einzutreten: das Plenum müsse den Kommissionen vorangehen. Auch die Resolution über Indien sei bereits fertiggestellt.

Im Namen des Bureaus hält Vanderbelde-Brüssel dessen Vorschlag aufrecht: die Kommissionen tagten und mühten noch tagen. In der Debatte über Arbeiterversicherung müßten aber alle Delegierten teilnehmen. Außerdem würden die Verhandlungen der Taktikkommission, wenn sie gleichzeitig mit dem Plenum tagte, ein zweites Interessencentrum bilden und die Aufmerksamkeit ablenken.

Hyndman ändert nunmehr seinen Vorschlag dahin ab, Mittwochvormittag für die Kommissionen freizulassen; doch wird sein Antrag mit ziemlich großer Mehrheit abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch, 10 Uhr. Schluß 8 1/2 Uhr.

Ueber Vorgänge in der Kommission zur Beratung der politischen Taktik macht ein Berichterstatter in bürgerlichen Blättern Mitteilungen, deren Korrektheit sehr zu bezweifeln ist. Da die Kommissionen Berichterstatter überhaupt nicht zulassen. Immerhin verzeichnen wir die Mitteilungen — unter allem Vorbehalt. Es wird gemeldet:

In der Kommission für die politische Taktik der Sozialisten soll es zu sehr lebhaften, zum Teil sogar sühmischen Auseinandersetzungen gekommen sein. Es soll insbesondere zwischen den beiden französischen Führern Guesde und Jaurs ein heftiger Redekampf stattgefunden haben. Die Kardinalfrage in der Kommission ist: „Darfen Sozialdemokraten Regierungsämter annehmen?“ Jaurs sucht den auf dem deutschen Parteitag zu Dresden angenommenen Beschluß durchzusetzen. In diesem hieß es: „Socialdemokraten dürfen Regierungsämter nicht erstreben“. Guesde beantragt, diesen Beschluß dahin zu erweitern, daß es heißt: Ein Socialdemokrat darf ein Regierungsamt in einem Bourgeoisstaate unter keinen Umständen annehmen. Guesde und Kautsky wollen aber nicht so weit gehen; sie stehen auf dem Boden des Dresdener Beschlusses, sind aber der Meinung, wenn einem Socialdemokraten ein Regierungsamt angeboten wird, und die Umstände dafür sprechen, daß die Annahme des Amtes im Interesse der arbeitenden Massen liegt, dann soll der Genosse acceptieren. Erwartet wird selbstverständlich von dem Genossen, daß er niemals die Grundzüge seiner Partei aus den Augen läßt und in steter Fühlung mit seinen Parteigenossen bleibt. Guesde bekämpft diesen Standpunkt mit großer Energie; es liege alsdann die Gefahr vor, daß der betreffende Genosse, wie im Falle Millerand, das Ziel des Klassenbewußten Proletariats aus dem Auge verliere und mit den herrschenden Klassen politisiere. Es gebe aber keinen Balk zwischen dem Proletariat und seinen Unterdrückern und Ausbeutern.

Da es kaum möglich sein wird, zwischen diesen beiden Richtungen eine Einigung zu erzielen, so haben es Dr. Victor Adler-Wien und Anselmo-Brüssel unternommen, eine Vermittelung herbeizuführen.

Andererseits wird der „Frankfurter Zeitung“ über die Debatten in der Taktik-Kommission folgendes gemeldet, was wir gleichfalls nur unter allem Vorbehalt wiedergeben: „Webel hat eine große zweifelhafte Rede gehalten, die eine neue Auflage seiner Dresdener Philippika gegen die Revisionisten war. Hauptsächlich sprach er gegen Jaurs und seine Partei, aber auch Troelska und sogar Victor Adler erklärt er für revisionistisch infiziert. Als er sich zu der Behauptung verstieg, daß in einer Monarchie

der König den Klassen gegenüber unparteiischer sein könnte als der Präsident in einer Republik, riefen die Anhänger Jaurs höhnisch: „Es lebe Wilhelm!“ Webel behauptete auch, daß in der Monarchie die Streiks weniger grausam unterdrückt würden als in den Republiken. Er berief sich auf die Erfahrungen der deutschen Partei in 87 Jahren. Von der Welle überlegte Webel Rede, die im revisionistischen Lager, wo man ihm völlige Unkenntnis der außerdeutschen Zustände vorwirft, große Erbitterung hervorrufen. Zum Schluß kündigte der holländische Delegierte eine neue, gemäßigtere Resolution an. Die Dresdener sei ihm unannehmbar. Die Entscheidung der Kommission wird fast sicher für das Plenum maßgebend sein. Zu der Rede Webel wird noch weiter mitgeteilt, daß er die Unterstützung der bürgerlichen Regierungen durch die Socialdemokratie von Fall zu Fall zulassen wollte, aber nicht die dauernde Unterstützung eines ganzen Programms. Die Schweizer Erfahrungen zeigten, daß die Teilnahme an der bürgerlichen Verwaltung auf das Princip des Klassenkampfes schädlich einwirkte. Die Klassengegenseitigkeit treten in den bürgerlichen Republiken Frankreich und Amerika noch viel schärfer hervor als in der deutschen Monarchie.“

Die japanische Socialistenvereinigung schlägt dem Kongress vor, folgenden Beschluß zu fassen:

„In Anbetracht dessen, daß der russisch-japanische Krieg seitens der kapitalistischen Regierungen beider Nationen geführt wird, und derselbe infolge dessen viele Leiden für die arbeitende Klasse Japans und Russlands mit sich bringt, bitten wir, die japanische Socialistenvereinigung, die Mitglieder des internationalen Kongresses eine Resolution dahingehend zu fassen, daß bei den zuständigen Regierungen die erforderlichen Schritte gethan werden, um dem russisch-japanischen Kriege so bald als möglich ein Ende zu machen.“

12. Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes, Allgem. Unterstützungs- und Invalidenkasse (Lithographen, Steindrucker etc.).

Raffel, 16. August 1904.

Dritter Verhandlungstag.

Um 8 Uhr vormittag wird die Diskussion über die Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit dem Verein der Lithographen, Stein-drucker und Versuchsgeosenen Deutschlands fortgesetzt. In der Diskussion sprachen sich alle mit Ausnahme von zwei Rednern für die Verschmelzung aus und wurde dieselbe schließlich mit 42 gegen 5 Stimmen in namentlicher Abstimmung beschloffen. Beschloffen wurde ferner, aus den vorliegenden Anträgen eine Statutvorlage auszuarbeiten und wurde hierzu eine gemeinschaftliche Kommission aus je fünf Vorstandsmittgliedern und je zwei Kontrollkommissions- und Ausschussmitgliedern beider Vereinigungen unter Hinzuziehung von je einem Vertreter aus Bremen, Frankfurt a. M., Hannover, Stettin und Stuttgart bestimmt. Diese Kommission hat die Aufgabe, bis zum 1. Januar 1905 eine Statutvorlage auszuarbeiten, in der die Rechte beider Vereinigungen möglichst gewahrt bleiben. Anfang nächsten Jahres soll eine kombinierte Generalversammlung beider Vereinigungen zur Festlegung der Statutvorlage stattfinden. Ein Antrag, die Verschmelzung beider Vereinigungen durch Abstimmung beschließen zu lassen, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Ein vom Vorstand bearbeitetes Gehaltsregulativ für die im Bunde angestellten Beamten sowie eine beantragte Pensionskasse für dieselben wurde zur kombinierten Generalversammlung zurückgestellt, wie auch eine ganze Reihe Anträge, welche die Verschmelzung beider Vereinigungen betreffen, zurückgestellt werden mußten.

Die Beitragsfrage wurde als eine dringende jetzt schon deshalb behandelt, weil die Zahl der Invaliden in letzter Zeit stark gewachsen sei, was eine starke Belastung der Kasse mit sich brachte. Anträge auf Erhöhung des Beitrages um 5, 10, 15 und 20 Pf. lagen vor. Die Erhöhung des Beitrages um 20 Pf. pro Woche wurde schließlich in namentlicher Abstimmung gegen 14 Stimmen abgelehnt und hierauf die Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. einstimmig beschloffen; derselbe beträgt nunmehr für den Senefelder-Bund allein 60 Pf. wöchentlich. Der erhöhte Beitrag tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft.

Ein Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes, welches Krankengeld bezog und dennoch einige Stunden täglich sogar in einer vom Verein der Lithographen, Stein-drucker und Versuchsgeosenen gesperrten Firma arbeitete, konnte nicht stattgegeben werden, weil die jetzigen Statuten solches nicht zulassen, doch sprach die Generalversammlung ihre schärfste Mißbilligung über eine solche Handlung aus und begauerte einmüthig, nicht jetzt schon eine Handhabe zum Vorgehen gegen ein solches Mitglied zu haben. Es wurde beschloffen, die nächste kombinierte Generalversammlung in Berlin stattfinden zu lassen. Nach den üblichen Schlußworten wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf die nunmehr beschlossene Vereinigung beider Verbände durch den Vorsitzenden Reinen-Dresden geschlossen.

Partei-Nachrichten.

An die Delegierten zum Parteitag!

Das unterzeichnete Komitee richtet an die Delegierten zum Parteitag die dringende Bitte, rechtzeitig ihre Anmeldung bewirken zu wollen. Das Lokalkomitee wird spätestens eine Woche vor dem Parteitag an die bis dahin angemeldeten Delegierten verschiedene Drucksachen (Festschrift, Führer durch Bremen, Programm) versenden, um die Delegierten in den Stand zu setzen, sich noch vor ihrer Abreise nach Bremen über verschiedene für sie wichtige oder interessante Thatsachen informieren zu können.

Es ist dem Wohnungsausschuss erwünscht, wenn die Delegierten über die Art der von ihnen gewünschten Logis (ungefährer Preis, ob einzeln oder mit mehreren etc.) bei ihrer Anmeldung nähere Angaben machen, damit diese Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden können.

Das Lokalkomitee.

J. A. Heinrich Schulz, Bremen, Hankenstr. 21/22. Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Zum Parteitage in Bremen stellen die Genossen Breslau folgende Anträge:

1. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, während des kommenden Jahres in geeigneter Weise die öffentliche Aufmerksamkeit auf die bevorstehende grundlegende Abänderung des Strafrechts zu lenken und auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt „Socialdemokratie und Strafrecht“ zu setzen.

2. Falls auf dem internationalen Kongress nicht eine befriedigende Lösung der Waisenfrage stattfindet, so ist der schon im vorigen Jahre gestellte Antrag wieder aufzunehmen und seitens des Vorstandes bis zum 4. September an den Parteivorstand einzuzureichen.

Der erwähnte vorjährige Antrag verlangt die Verlegung der Maidemonstration in Versammlungen am Abend des 1. Mai.

Von einem Parteigenossen wurde verlangt, die Ausschließung des Genossen Schipfel aus der Partei zu beantragen. Der Antrag wurde jedoch, nachdem ein Genosse dagegen gesprochen, gegen drei Stimmen abgelehnt.

Die Königsberger Parteigenossen beantragen folgende Resolution:

In Erwägung: daß das abentheuerliche Militärregiment in Rußland auf das entschiedenste im Interesse der Kultur bekämpft werden muß, daß die russischen Genossen, welche diesen Kampf unter den schwersten Opfern führen, der Unterstützung auch der deutschen Socialdemokraten verpflichtet sein dürfen;

in Erwägung: daß die preussischen Justizbehörden diejenigen deutschen Parteigenossen, welche den russischen Genossen durch Mitwirkung bei der Verbreitung von Agitationschriften offen vor den Augen der deutschen Behörden beihilflich gewesen sind, durch Erhebung einer Anklage von Geheimbündelei diese Mitwirkung zu unterbinden versucht haben,

beschließt der Parteitag: 1. es ist eine selbstverständliche Pflicht internationaler Solidarität, den russischen Parteigenossen bei der Verbreitung von Druckschriften, sofern sie nicht gegen die deutschen Gesetze verstoßen, gefällig zu sein;

2. diesen Beschluß der Staatsregierung noch ausdrücklich bekannt zu machen.

Kürherdem sprachen sie sich für die Umgestaltung der Organisation im Sinne des Dresdener Vorschlags aus und nahmen ferner eine Resolution an, die zur Bekämpfung des Alkohols auffordert. Sie beauftragten auch ihre Delegierten, mit dafür sorgen zu helfen, daß die Zeit des Parteitages nicht wieder mit persönlichen Auseinandersetzungen vergeudet werde.

Einen ebenfalls beschloffen wurde die Kreisversammlung für Kassel-Arschleben. Auch für straffere Centralisation der Partei sprach sich diese Konferenz aus und für Behandlung der Schulfrage auf dem Parteitage.

Die Parteigenossen des Herzogtums Gotha halten ihren Landesparteitag am 4. September in der Stadt Gotha ab.

Einen socialdemokratischen Gemeindevorsteher wählte die gothaische Landgemeinde Wölfs. Es ist der Genosse Emil Brand, der in der Stichwahl 158 Stimmen gegen 133 des bisherigen Gemeindevorstehers erhielt.

Die socialdemokratischen Vereine im Herzogtum Braunschweig, 18 an der Zahl, haben nach dem Bericht des Landesvorstandes jetzt 1621 Mitglieder. Der Landesvorstand hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre 8891 M. Einnahme und 8767 M. Ausgabe.

Der Internationale Arbeitertag in St. Gallen verlief bei starker Beteiligung der organisierten Arbeiterschaft aus den Kantonen St. Gallen, Appenzeln und Thurgau, aus dem Bodenseegebiet (Konstanz, Friedrichshafen, Lindau, Wengen) sehr befruchtend. Der große und farbenprächtige Festzug zählte 1500 Teilnehmer, in der Festhütte waren ca. 5000 Gäste. Leider waren die beiden Referenten Schumacher-Wien und Ferri-Rom, ersterer wegen Krankheit, nicht erschienen, an Stelle des letzteren referierte ein italienischer Genosse aus Lugano. Seine Ausführungen sowie das Referat des Genossen Reichs-tags-Abgeordneten Adolf Hoffmann-Berlin erzielten stürmischen Beifall. Die ganze Veranstaltung hatte den Zweck, gegen das jüngste frivole Militäraufgebot zur Unterdrückung der streikenden Tunnelarbeiter zu protestieren.

Aus Industrie und Handel.

Die neue russische Anleihe. Koch in den letzten Tagen schivierten allerlei Gerüchte durch die Presse, daß die Aufnahme einer russischen Anleihe in Deutschland nahe bevorstünde. Die „Hamburger Nachrichten“ wollten sogar ganz bestimmt wissen, daß von deutschen Bankhäusern bereits 400 Millionen Mark fünfprozentiger russischer Schatzscheine übernommen seien. Die Mitteilung erschien von vornherein recht zweifelhaft. Daß Rußland gern in seiner Finanznot zur Aufnahme einer Anleihe in Deutschland schreitet, ist so sicher wie 2 x 4; aber den deutschen Bankhäusern anzutruenen, daß sie sich im gegenwärtigen Moment auf ein solches Geschäft einlassen, heißt entscheiden, ihre Befähigung unterschätzen. Wenn die deutschen Banken der russischen Regierung Schatzscheine abnehmen, so geschieht es nicht, um sie äußerlich in ihren Tresors zu verwahren; sie wollen sie im lieben Publikum unterbringen. In diesem besteht aber jetzt wenig Neigung, russische Werte zu kaufen. Mag auch in unsren sogenannten maßgebenden Kreisen und unter den antisemitischen Hochagrariern noch so warme Sympathie mit dem lieben östlichen Nachbarn zu finden sein, das sogenannte launfrächtige Publikum ist logischer geworden. Die ewigen russischen Niederlagen haben seine Meinung über Rußland beträchtlich herabgestimmt. Nur wenige zweifeln noch heute daran, daß Port Arthur in kurzen Tagen wird, und es für Skrupatikus Armees keinen andern Ausweg giebt, als immer weiteren schleunigen Rückzug. Sodann haben aber auch die Enthüllungen des Königsberger „Geheimbunds“-Prozesses, der Tod Plehwe und das Vorgehen der bitterlichen russischen Regierung gegen Finnland ein so großes Schlaglicht auf die Verrothung des ganzen russischen Systems geworfen, daß selbst manchem friedliebenden, ehrlichen Kapitalistenherz ein Grauen vor den Zuständen des heiligen Reiches aller Reichen antoaudeit.

So hat sich denn nochmals die russische Regierung dazu verziehen müssen, von der Aufnahme einer russischen Anleihe in Deutschland abzusehen und im eignen Lande einen Pump anzulegen. Wie der Telegraph meldet, hat ein kaiserlicher Ukas mit Rücksicht auf die bevorstehenden außerordentlichen Ausgaben für den Krieg die Emission sechs neuer Serien von Willetten der Staatsrente im Betrage von 150 Millionen Rubel für vier Jahre angeordnet. Die Willetts werden in Abschnitten a 50 Rubel ausgegeben und mit einem Zinsfuß von 3,6 Proz. versehen werden, sie laufen vom 14. d. Mts. ab und sind steuerfrei.

Die Meldung ist etwas unklar. Wahrscheinlich handelt es sich nicht um die Ausgabe einer neuen Serie von eigentlichen Rentenpapieren, sondern um neue Schatzscheine, um sogenannte Serienbilletts, von denen zur Zeit für 100 Millionen Rubel in Rußland umlaufen. Sie haben bei der Staatsrente und der Staatsbank Zwangskurs, genau wie die Kredittubel, und ihre Ausfuhr ins Ausland ist verboten. Eigentlich handelt es sich um nichts anderes als eine weitere Vermehrung des Papiergeldes, nur daß man diesmal die Erzeugnisse der Notenpresse als „Staatsrentenscheine“ oder „Serienbilletts“ bezeichnet, während man die andern schönen Papierchen, die seit Beginn des Krieges ausgegeben worden sind, „Kredittubel“ nennt.

Das Projekt der Aufnahme einer größeren Anleihe in Deutschland ist damit natürlich nicht ausgegeben, nur zurückgestellt. Die 150 Millionen Rubel werden bald vermöbelt sein, und dann wird Herr Nebelsohn-Vorhoff mit seinem Anhang doch in den sauren Apfel beißen müssen.

Ein Montantrast. Der von Herrn August Thyssen geplante Bergwerks- und Hüttentrast wird eine weit größere Ausdehnung erhalten, als bisher verlautbarte. Außer der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft und dem Schalker Gruben- und Hüttenverein soll er auch den Aachener Hütten-Aktienverein umfassen. Noch telegraphischer Meldung aus Hannover wurde dort gefestert in der Aufsichtsratsitzung der Gelsenkirchener Bergwerks- Aktiengesellschaft beschloffen, vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung eine Interessen-Gemeinschaft mit dem Aachener Hütten- Aktienverein und dem Schalker Gruben- und Hüttenverein

abzuschließen auf der Grundlage, daß der Gesamtgewinn aller drei Gesellschaften im Verhältnis von 60 Teilen auf Gelsenkirchen, von 31 Teilen auf Kasse und von 25,5 Teilen auf Schalle entfällt. Die Gelsenkirchener Gesellschaft beabsichtigt ihr Kapital um 50%, Millionen zu erhöhen und den Aktionären der beiden anderen Gesellschaften den Umtausch ihrer Aktien in oben genannten Verhältnis anzubieten.

Die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft wird dadurch zur zweitgrößten Aktiengesellschaft Deutschlands. Die größte ist bekanntlich die Firma Friedrich Krupp in Essen. Auch mit der Ausdehnung des Trusts auf die obengenannten drei Gesellschaften dürfte Herr Thyssen nicht an seinem Ziel angelangt sein. Er hat noch bei verschiedenen anderen Zechen- und Hüttenvereinigungen die Hand im Spiel, und es ist vielleicht noch die Vereinigung der drei Gesellschaften perfekt geworden ist, wird der Telegraph den Anschluß neuer Zechen und Hüttenwerke an den Trust melden.

Die Getreide-Ernte Deutschlands wird nach den aus verschiedenen Gegenden einlaufenden Berichten nicht nur die vorjährige Ernte an Quantität, sondern auch an Qualität übertreffen. Besonders das Weizen soll vielfach von außergewöhnlicher Güte sein. Nach der Angabe der „Deutschen Tageszeitung“, des Organs der Bauernverbände, übersteigt die Winterweizen-Ernte den vorjährigen Mengenertrag noch um 10-15 Proz., während die Roggenernte der vorjährigen mindestens gleichkommt. Die dieses Jahr hervorragende Mehlausbeute ergibt auch bei Roggen den Effekt einer Mehrernte. Der lokale Mangel einzelner Gegenden an Sommergetreide läßt sich aus den Ueberflüssen besserer Erntebezirke vollkommen decken und es können nur Maßregeln in Frage kommen, die diesen binnenländischen Ausgleichsbedarf zu erleichtern im Stande sind. Eine Durchschnitternte von Hafer in Deutschland beträgt (die fünf Jahre 1898 bis 1902 zu Grunde gelegt) sieben Millionen Tonnen. Im vorigen Jahre stand die Ernte um 0,8 Millionen Tonnen, also etwa 12 Proz. über dem Durchschnitt. Dieses Jahr bleibt sie nach der letzten Ernteschätzung um 10 Proz. gegen das Vorjahr zurück, ergibt also immer noch einen Durchschnittsertrag.

Vom rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt. Die Verhältnisse auf dem Kohlen-, Coals- und Bricketmarkt haben sich in der ersten Hälfte des laufenden Monats weiter verschlechtert. Dies illustriert am besten die Gefesselungsziffer, denn während in der Zeit vom 16. bis 31. Juli arbeitstäglich noch 18 203 Doppelwagen gestellt wurden, sind in der ersten Hälfte dieses Monats nur noch 17 736 Doppelwagen angefordert worden (gegen 18 318 D.W. in der gleichen Zeit des Vormonats). Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, in welcher schwierigen Verhältnissen sich heute die Ruhrkohlenzechen befinden. Nicht allein sind Zehnergebnisse an der Tagesordnung, sondern auch die Bestände wachsen, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet, trotz allen Feiern fortgesetzt in erheblichem Umfange. Es heißt vielen Zechen allmählich am Rande, um die überschüssigen Mengen aufzustapeln, sie müssen deshalb, ob sie wollen oder nicht, notgedrungen das Wagenmaterial der Bahn als Lagerstätte benutzen.

Ueber den Seeverkehr der großen deutschen Häfen berichtet das neueste Kauticus-Jahrbuch. Es werden für das Jahr 1902 die Anlauf- und Abgangszahlen nach Schiffszahl und Tonnage und mit Unterscheidung der Flaggen mitgeteilt. Berücksichtigt sind die Häfen mit einem Seeverkehr von über 100 000 Tonnen. Das sind 12 an der Ostsee: Remele, Pillau, Königsberg, Neufahrwasser (Danzig), Swinemünde, Stettin, Kragswiel, Rostock, Wismar, Lübeck, Kiel und Flensburg, 10 an der Nordsee: Altona, Hamburg, Cuxhaven, Bremerhaven, Seeßemünde, Blumenthal, Bremen, Brake, Rordenham und Emden, und endlich die beiden für Seeschiffe zugänglichen Rhein- und Elb-Häfen Düsseldorf und Köln.

Einen mächtigen Vorrang allen andern Häfen gegenüber weist Hamburg auf mit einem Gesamtverkehr von 17 129 000 Tonnen. In weitem Abstande folgen Bremerhaven mit 2 963 000, Stettin mit 2 497 000, Bremen mit 2 134 000, Danzig-Neufahrwasser mit 1 841 000, Kiel mit 1 129 000 und Lübeck mit 1 069 000 Tonnen. Die übrigen 17 Häfen reichen nicht an 1 Million Tonnen heran. Zusammen haben sie 7,7 Millionen Tonnen Verkehr. Die drei Elb-Häfen Hamburg, Altona und Cuxhaven ziehen allein mit 18,2 Millionen Tonnen von den 36 Millionen der 24 größeren deutschen Häfen über die Hälfte auf sich.

Zwischen $\frac{1}{4}$ und 1 Millionen Tonnen Verkehr haben Königsberg und Seeßemünde, zwischen $\frac{1}{2}$ und $\frac{3}{4}$ Million Emden, Cuxhaven, Rostock und Swinemünde, zwischen 4 und 500 000 Brake, Remele und Altona, zwischen 3 und 400 000 Flensburg, Kragswiel und Pillau, zwischen 2 und 300 000 Köln, Wismar und Düsseldorf, zwischen 1 und 200 000 Rordenham und Blumenthal.

In allen diesen Häfen ohne Ausnahme überwiegt jetzt der Dampferverkehr die Segeltonnage wesentlich. Die Segler machen in Hamburg über $\frac{1}{10}$ Millionen Tonnen aus, sonst über 100 000 Tonnen nur noch in Bremen (über 400 000), Bremerhaven und Kiel (über 200 000), Altona, Lübeck, Stettin und Emden, gegen 100 000 in Danzig und Flensburg.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Dienstag, den 23. August, abends 8 Uhr, finden in den sechs Berliner Wahlkreisen die Versammlungen statt, welche sich mit der Provinzialkonferenz und dem Bremer Parteitag, sowie mit den Anträgen, Delegierten-Wahlen etc. für beide Veranstaltungen beschäftigen.

Wir erwarten, daß die Parteigenossen zahlreich erscheinen und erfrischen gleichzeitig, etwaige anderweitige Versammlungen oder Sitzungen an diesem Abende nicht stattfinden zu lassen.

Die Vertrauensleute von Berlin.

Dritter Wahlkreis. Sonntag Familien-Ausflug nach Pferdebusch bei Köpenick. Treffpunkt daselbst mittags. Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand des Wahlvereins.

Central-Wahlverein für Teltow-Beetzow-Storkow-Charlottenburg. Sonntagnachmittag 1 Uhr findet die Generalversammlung in Zossen statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Mitteilungen des Vorstandes, Brandenburgische Provinzialkonferenz, Anträge und Wahl der Delegierten; Bremer Parteitag, Anträge und Wahl der Delegierten; Anträge, Verschiedenes, Lokalfrage. Anträge, welche auf der Generalversammlung ihre Erledigung finden sollen, sind bis spätestens am 18. August an den Centralvorstand, Charlottenburg, zu Händen des Genossen W. Eberhardt, Rosinerstraße Nr. 3, einzureichen. Auf Grund des § 11 des Statuts ist jeder Verein berechtigt, bis zu drei Delegierte zu entsenden. Der Centralvorstand. J. A.: W. Eberhardt.

Friedrichshagen. Sonnabendabend 9 Uhr findet im Saale von Behnd, Friedrichstraße 114, die Mitgliederversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Genosse Schriftsteller Baerge hält einen Vortrag über die Entfesselung und Abstammung des Menschen. Gäste willkommen.

Neuenhagen, Ostbahn. Sonntagnachmittag 4 Uhr Versammlung des Wahlvereins bei Diederich, Bruchmühle. Vortrag, Bericht von der Kreiskonferenz.

Lokales.

Poesie und Arbeit.

Wenn im „Kommunistischen Manifest“ davon die Rede ist, daß die Bourgeoisie alle ideo-logischen Verhältnisse zerstört und die bisher schwebenden und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Geistesgutes entwickelt hat, so haben die Verfasser des berühmten Dokumentes gewiß nicht gedacht, daß das zum Tempel hinausgejagte Idyl ein in einem der nächsten Ver- über mit

Glanz aufgenommen würde. Was giebt es profaischeres als der Wasch zu der mit seiner grünen Seife, mit penetrantem Chloralkali und Berliner Blau? Gehört der Waschtag schon in der Häuslichkeit zu den Schreckenstagen, an die selbst der wohlgezogene Ehemann mit Frauen denkt, so muß die Wäscherei als Beruf erst recht als qualifizierte Menschenqualerei erscheinen, der in Rebellendunst und Mißgeruch nichts von der Poesie anhaftet, von der sonst auch die harte Arbeit zuweilen begleitet ist. Auch hat das Volk der Dichter und Sänger, das für Schmeiß und Schneider manches sangbare Lied übrig hat, sich mit der Wäscherei nur unter Vorbehalt befaßt. Chamisso alte Waschfrau zu „vertönen“, hat sich noch kein Komponist bereit gefunden, und in Beethovens „Fidelio“ singt die Tochter des Kerkermeisters ihr Lied am Plättbrett nur in Sehnsucht nach den holden Freuden, die nach gethaner Arbeit die Nacht ihr bieten soll.

Unter solchen Umständen taucht im nächstern Berlin ein Problem auf, das dem Philosophen zum mindesten soviel Stoff zum Nachdenken bietet, wie die Gelehrsamkeit des klugen Pferdes in der Griebenost-straße. Wer die bekannten Wäschewagen durch die Straßen fahren sieht, wird mit Erstaunen die Wahrnehmung gemacht haben, daß die Stätten, denen sie dienen, zum Teil mit wunderbar poetischen Namen geziert sind. Ist es noch begreiflich, daß eine Waschanstalt sich in Anlehnung an die weltgeschichtliche Sauberkeit der Holländer „Hollandia“ nennt und eine andre wahrscheinlich im Hinblick auf eine beliebte Städteforte „Brillant“, so erregt es bei Besichtigung, daß wiederum eine Berliner Waschanstalt ebenso bescheiden wie zwecklos „Edelweiß“ heißt, sich also eine Blume als Wahrzeichen erkoren hat, deren graugelbliche Farbe höchstens für Reformhelfer, aber nicht für weiße Wäsche als Vorbild dienen kann. Ebenso bescheiden ist es, daß eine Wäscherei sich gleich der bekannten Preßsole „Jise“ tituliert. Im Gegensatz hierzu tritt eine andre Anstalt unter dem Namen „Diamant“ auf. Sehr hübsch, wenn auch zum Teil etwas unverständlich, machen sich die Namen „Frauenlob“, „Gudrun“, „Victoria“, „Gertrud“ und „Weiße Lilie“ für Waschanstalten. Auch „Aureingold“ läßt sich hören, da ein ins gelbliche gehender Farbenton ja nicht selten der Wäsche anhaftet; der Name „Concordia“ läßt auf ein gutes Verhältnis zwischen Unternehmern und Angestellten schließen. Seltsamer klingen schon die Namen „Rotes Kreuz“, „Spreenige“ und „Central“. Bei den Namen „Möve“, „Phönix“ und „Columbia“ mag man an das Reich der Lüste denken, in welchem sowohl die Wäschestücke wie die erwähnten Vögel flattern; auf diese Weise läßt sich am Ende auch für die Verzierung „Urania“, die Himmliche, eine Erklärung finden. Die Namen „Verolina“, „Prußia“ und „Germania“ hingegen erinnern an die viele schmutzige Wäsche, die es in der kommunalen, in der Staats- und in der Reichspolitik zu waschen giebt. Bähig unverständlich ist es aber, wie man Waschanstalten „Carmen“, „Hohenstaufen“, „Lohengrin“ und „Schliersee“ nennen kann. Haben die Besitzer dieser Institute in Bizet, Raupach, Wagner und den Schlierseern ihre Katharsis, ihre sittliche Reinigung gefunden?

Aber wir werden ausschweifend und wollen zum Ursprung unserer Betrachtung zurückkehren. Was zu beweisen war, ist erwiesen. Die Arbeit, die profaischste, wird wieder mit Poesie umkleidet und die Verfasser des kommunistischen Manifestes, die das Gegenteil wahr haben wollten, können sich begraben lassen. Sollten die in den erwähnten Betrieben beschäftigten Arbeiter aber erklären, daß ihnen von poetisch-ideo-logischen Zuständen nichts bekannt ist, so wird es gewiß nicht an wohlgeimten Leuten fehlen, die die Antwort geben, daß das an nichts andrem liegt, als an dem Blendwerk, das ihnen von der alles verhehrenden, alle edlen und gemüthvollen Regungen erscheidenden Socialdemokratie vorgegaukelt wird.

In der „Anmeldestube“ des Berliner Amtsgerichts herrscht keine Ferienstimmung; von früh bis spät ist sie unlagert und drinnen — ihr's fürchterlich. Wer, ohne es zu können, einen amtsgerichtlichen Prozeß antreten will, sucht die „Anmeldestube“ in der Neuen Friedrichstraße auf; hier wird keine Klage sachgemäß und gratis aufgenommen. Dies praktische Rechtsinstitut besteht eigentlich aus zwei „Stuben“, welche, dem Eingangsportal zunächst belegen, die Nummern 39/40 und 41/42 führen. Die letzteren Zahlen bezeichnen das Wartezimmer für die Anmeldestube, dessen Thüren weit geöffnet sind, während der Eintritt in das Sanctissimum, wo drei Gerichtsschreiber ihres Amtes warten, streng verboten ist. Der eine Klage auf dem Dergan hat, wendet sich zunächst an den gestrenghen Herrn Gerichtsboten, der eine Art Meldeliste (amtlich „Kontrolle“ genannt) führt; denn auch hier gilt der Spruch: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“. Ist der Name notiert, so kann kein Träger auf einer der sechs, zum Teil urgroßväterlich anheimelnden Bänke Platz nehmen und — warten. Dabei der Name „Wartestube“. Hier heißt's, sich mit lauschkulartiger Geduld wappnen, mit eherner Ruhe auszuhalten, denn „Ungeßähr vor Gericht“ wird streng geahndet. Stunde auf Stunde verbrummt, ab und zu öffnet sich die Thür des Allerheiligsten und die Kläger werden aufgerufen, sie kommen und geben. Eigentlich sind es mehr Klägerinnen als Kläger, hier und da wird auch die ungeduldige Stimme eines Säuglings laut, der, vertreten durch seine Mutter, seinen natürlichen Vater vor die Schranken fordern soll. Der Kinderwagen steht im Vestibül, in solchen Fällen drückt der Förchner gern ein Auge zu — da draußen wird's mit der Würde des hohen Gerichtshofes auch nicht so genau genommen, hier hört man sogar oft lächerliche Nebenarten über das „lange Wort“. Kein Wunder! Wenn einer in der Wartestube vier bis fünf Stunden ausgehalten hat, so darf ihm die Erholung wohl gegönnt werden. Denn hier sind von 8 bis 3 Uhr wohl an fünfzig Menschen zusammengepackt und es herrscht darum keine frische Luft. Gegen 2 Uhr nachmittags geht eine Bewegung durch die wartende Menge: jetzt sind sie gleich fertig, heißt es, nun wird nichts mehr aufgenommen. Wir fragen einen jungen Mann, der unruhig im Korridor auf- und abgeht: „seit wann warten Sie?“ — „Seit 10 Uhr“ erwidert er. „Und wenn Sie heute nicht mehr drankommen?“ — „Dann muß ich morgen möglichst schon vor 8 Uhr hier sein.“ — In der That, eine schwere Prüfung; man kann es den Leuten die stundenlang ihre Arbeit verjäumen müssen, nicht verargen, wenn sie über die „schleppende Rechtspflege“ klagen. Und doch arbeiten die drei Sekretäre im Schweige ihres Angeichts, um aus den unbeholfenen Ausführungen der Leute den juristischen Kern herauszufällen, — ein vierter, flinker Protokollführer würde gewiß am Plage sein. Doch neben den vielen „Klagen“ giebt es auch freundliche Momente. Hochgerötet kommt da eben eine junge Frau aus der „Anmeldestube“ und erzählt ihren Lebensgefährtinnen, daß ihr, da sie ihre alte Mutter und ihr Kind ernähren müsse, nun endlich Aussicht gemacht sei, das Armenrecht zur Führung ihres Prozesses in zweiter Instanz zu erhalten. Alles freut sich mit ihr und vergnügt trippelt sie hinaus, während die andren noch warten, warten...

Der Zeichen-Inspektor. Aus dem Rathause wird berichtet: Durch den neuen Lehrplan ist der Zeichenunterricht in den Berliner Zeichen- und Gemeindefchulen umgestaltet worden. Unter Auscheidung alles rein Geometrischen und Konstruktionen soll im Freihandzeichnen jetzt eine freiere, die Kinder zur unmittelbaren Beobachtung und Wiedergabe der Gegenstände ihrer Umgebung und der lebendigen Natur anleitende Unterrichtsweise Platz greifen. Durch Kurse, die auf Veranlassung des Magistrats an der königlichen Kunstschule eingerichtet wurden, sind die Lehrer und Lehrerinnen der Berliner Gemeindefchulen mit der neuen Methode bekannt gemacht worden. Diese Einführungskurse genügen jedoch allein nicht, um dem neuen Lehrplan den erwarteten Erfolg zu sichern.

In der Praxis des Unterrichts empfindet eine größere Zahl der Lehrer und Lehrerinnen bald das Bedürfnis nach sachverständigem Rat und Beistand. Auch ist zu befürchten, daß manche, die sich nicht gleich in die neuen Anschauungen hineinzu-finden vermögen, geneigt sind, den Unterricht in der bisherigen Weise fortzuführen. Es erscheint daher erforderlich, durch eine sachverständige Aufsicht die willigen Lehrkräfte zu unterstützen und die übrigen von den Vorzügen der neuen Methode zu überzeugen und zu ihrer Durchführung anzuhalten. Zu der vom Kultusminister angeregten festen Anstellung eines Zeichen-Inspektors hat der Magistrat sich noch nicht entschlossen, jedoch will er nun einen mit der neuen Methode vertrauten Zeichenlehrer mit der Revision des Zeichen-Unterrichts an den Gemeindefchulen betrauen.

Ueber Zwangsmaßregeln gegen eine Ortsklasse wird aus dem Rathause berichtet: Die Vertretung der Berliner Ortskrankenkasse der Maler und verwandten Gewerbe hatte trotz Aufforderung des Magistratskommissars für diese Klassen der in dem Erlasse vom 26. Mai 1901 getroffenen Anordnung keine Folge gegeben. Der Oberpräsident von Berlin hat daraufhin durch einen Erlaß den § 28 des Statuts genannter Klasse von Amtswegen mit rechtsverbindlicher Kraft abgeändert und die Beiträge festgesetzt. Sie betragen nunmehr $\frac{3}{4}$ Proz. des durchschnittlichen Tagelohnes.

Die Berliner Feuerwehrr in Senftenberg. Dienstagabend traf ein Zug der Berliner Feuerwehrr in Senftenberg ein. Nachdem die Dampfpumpe 18 mit dem Tender angekommen war, ging es im Trabe nach der brennenden Grube „Victoria“ bei Groß-Wäschen, wo Brandinspektor Veder schon eingetroffen war und die Leitung der Löscharbeiten übernahm. Ununterbrochen wurde mit voller Kraft während der ganzen Nacht kräftig Wasser gegeben. An der Lösung beteiligten sich auch die Wehren aus Senftenberg und Umgebung. Die Arbeiten wurden durch den fürchterlichen Qualm, der wie eine Wolke alles umhüllte, sehr erschwert. Das Ainen war in der Nähe schier unendlich. Trotzdem hofft man heute noch des Feuers Herr zu werden.

Preussisches Christentum. Die in kirchlichen Dingen gewiß unbedächtige „Staatsbürger-Zeitung“ schreibt: Die innere Aus-schmückung der Berliner Kirchen entspricht im allgemeinen nicht den Wünschen der Architekten, wenigstens soweit die neueren Kirchen in Frage kommen. Man beklagt in diesen Kreisen, daß sich bei der Ausschmückung der neueren Kirchen, so z. B. der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, die Neigung zu überladenen Prunk darat breit gemacht hat, daß den Kirchen der einfache Charakter evangelischer Gotteshäuser genommen ist und der Einbruch erwidert wird, als befände man sich in einer laichlichen Kathedrale. Diese Frage ist jetzt besonders aktuell geworden, nachdem bekannt geworden ist, daß die Kaiserin Augustina-Gnadenkirche in nächster Zeit im Innern weiter ausgeschmückt werden soll. Zur Zeit ist die Kirche ja recht schmucklos ausgestattet, und eine weitere Ausschmückung ist ganz angebracht. In Architektenkreisen herrscht aber die Beforgnis, daß man auch hierbei wieder in den Fehler verfallen wird, die Kirche übermäßig mit Schmuck zu beladen, und es ist bereits eine Bewegung im Gange, die sich gegen diese Bestrebungen wendet.

Mit dem Abriss des alten Hauses Krausenstraße 36 am Dönhofs-platz verschwindet wieder ein Stück des alten Berlins. Es ist dies das ehemalige Fischerische Gebäude, welches als „Goldene Fischer-Brotkese“ bekannt war, jedoch diesen Namen nicht nach einer Verkaufsstelle für medizinische Heilmittel, sondern nach einer solchen für Spirituosen führte. Die im Vorderhause befindliche Fischerische Destillation bildete eine der ersten Berliner Strohbränerien, die trotz ihrer versteckten Lage außerordentlich stark in Anspruch genommen wurde. Das Wohngebäude stammt aus dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, während die Hofgebäude erst Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet wurden. Diese dienen anfänglich dem gewerblichen Betriebe der Fischerischen Groß-Destillation. Mit der Wiederlegung des Gebäudes wird Anfang Oktober begonnen werden.

Der Neubau des Reichs-Patentamtes, einer der umfang-reichsten öffentlichen Bauten Berlins, ist in der letzten Zeit sehr gefördert worden. Man sieht daraus, daß auch der Fiskus sehr schnell bauen kann, wenn er will. Der Bau ist vier Stock hoch, mit mächtigen Giebeln und Ecktürmen geschmückt und mit Sandstein bekleidet. Die Fronten an der Alten Jakob-, Gitschiner- und Alexandrinenstraße mit den hohen roten Ziegeldächern fallen schon von weitem auf. Mit dem inneren Ausbau soll schon im Herbst begonnen werden. Falls keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten entstehen, wird der Bau 1906 bezogen werden können. Die Alte Jakobstraße wird jetzt in dem Winkel asphaltiert und soll dann für den Verkehr nach der Gitschinerstraße geöffnet werden.

Der Platinadieb. Der Händler Herr Herrmann Grafnid, Charlottenburg, Vestalozzistr. 35, schreibt uns: In der bekannten Platinadieb-Angelegenheit brachten Sie in Ihrem geschätzten Blatte verschiedene Artikel, in welchen ich als „Fehler W.“ hingestellt wurde. Richtig ist ja, daß ich verhaftet worden bin, und daß ich den Namen des Händlers nicht kannte, von dem ich ein Stück Platin im Gewicht von 167 Gramm gekauft hatte, einige Tage in Haft bleiben mußte. Da sich dieser Händler aber gemeldet und nach-gewiesen hat, von wem er gekauft hat, und daß ich von ihm das Stück reell erworben habe, wurde ich sofort auf freien Fuß gesetzt. Es ist auch nicht richtig, daß ich in der Nacht verhaftet worden bin. Ich hatte das Stück Metall dem Gefäßmacher H. zum Kauf angeboten, dessen Chefrau es dann mit meiner Zustimmung in der Igl. Scheidanstalt auf seine Echtheit untersuchen ließ, wobei sie fälscht und ich später verhaftet wurde. Ich bin durch diese Angelegenheit in meinem Beruf als Händler schwer geschädigt worden, und da ich überzeugt bin, daß es Ihnen fernzulegen hat, mich irgendwie schädigen zu wollen, so bitte ich Sie, in Ihrem geschätzten Blatte diese Berichtigung bringen zu wollen.

Die Leiche des Fahrstuhlführers Franz Wiedemann, der, wie mitgeteilt wurde, in dem Geschäft von Lippelskirch u. Co. tödlich verunglückte, wird voraussichtlich noch geöffnet werden. Es wird aber nicht etwa nachträglich angenommen, daß fremde Schuld an dem Tode des Mannes vorliege, sondern es handelt sich nur darum, für die Hinterbliebenen eine Grundlage für Versicherungsansprüche zu gewinnen.

Flucht aus der Irrenanstalt. Aus der Anstalt in Dalldorf ist gestern nachmittag der Kaufmann Hermann Rosenberg, der seiner Zeit im großen Fehlerprozeß Rosenberg und Genossen die Hauptrolle spielte, entwichen. Er war bereits vor zehn Jahren ent-mündigt und seitens der Charité als gemeingefährlich der Anstalt Dalldorf überwiesen worden. R. beschäftigte sich in der Anstalt mit schriftlichen Arbeiten, konnte das Anstaltsverräum unbehindert passieren und wählte mit allen nur möglichen Ausgängen Bescheid. Einen Teil der Anstaltskleidung ließ er in der Umgebung liegen, nachdem er vorher Civilkleidung angelegt hatte.

Ein böses Abenteuer hatte heute nachmittag gegen 2 Uhr die Familie des Eisenbahnsekretärs Brede aus der Wallerstraße zu be-schaffen. Die Ehegatten waren mit ihren beiden schulpflichtigen Söhnen auf dem Wege nach Sontwinkel, als sie in der Nähe der Schleh-schände von einem wohl durch fremde Hand gereizten, wilden Biene-schwarm überfallen wurden. Sämtliche Glieder der Familie suchten sich nach Kräften zu wehren. Vor Schmerz schreiend, produzierten sie die unglücklichsten Glibberverteilungen, suchten mit allen möglichen Bekleidungsstücken in der Luft umher, und machten dadurch auf sich nähernde Passanten zunächst den Eindruck, als seien sie in gelagert nährlich geworden. Weil der Weg überhaupt wenig belebt war, so vergingen wohl 10 Minuten, bis sich genügende Hilfsmannschaft beisammen fand, den starken, immer wieder vordringenden Schwarm zu ver-schrecken. Auffallend verschiedenes zeigte sich die Wirkung des Dienen-schiffes bei den Familiengliedern. Jedes hatte etwa 10-12 Stiche im Gesicht, am Halse und an den Händen dabongetragen. Aber während die Frau und der ältere Söhne gegen das Gift geradezu immun schienen, bildeten sich bei dem Jüngsten diese Geschwülste, um... Familienvater, ein robuster Bierziger, war durch etwa 10 Stiche so un-

Genommen, daß er sich niederlegen mußte. Er klagte über Herzschwäche und ein ihm ganz fremdes, schweres nervöses Unbehagen, wie er denn auch beim Bestochenwerden den heftigsten Schmerz empfand und am lautesten geschrien hatte. Sein Zustand schien geradezu gefährlich und besserte sich erst, als sein dazu angehaltener Kellner ihm die Wunden einzeln ausgezogen hatte und diese mit Salzwasser betupft waren, den ein umsichtiger Spaziergänger mit sich führte.

Wegen Beschleßung wurde ein Agent Hugo Platauer aus Friedenan festgenommen. Der Mann war erst seit kurzer Zeit bei einer Versicherungsgesellschaft angestellt. Um einen Vorwurf, den er von seinem Direktor erhalten hatte, zu deden, gab er fünf Briefe, da er Geld nicht besaß. Nachdem er nun einige „faule“ Versicherungsanträge gebracht hatte, erkundigte sich der argwöhnisch gewordene Direktor einmal nach dem Akzeptanten der Briefe und erfuhr jetzt, daß alle fünf Namen gefälscht waren. Der Direktor zeigte die Fälschungen an, und der Agent wurde verhaftet.

Der Berliner Schlafwagenbeamte verhaftet. Ueber die Verhaftung zweier Berliner Eisenbahnbediensteter werden aus Karlsbad folgende Einzelheiten gemeldet. Auf Antrag des Untersuchungsrichters bei dem königlichen Landgericht in Jivodau wurden gestern durch einen sächsischen Kriminalbeamten im Einvernehmen mit der Karlsbader Polizei zwei Bedienstete der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft in Paris Namens D u d e l und S a c h e m aus Berlin verhaftet und noch im Laufe des Tages in das Untersuchungsgefängnis in Jivodau eingeliefert. Die Verhafteten werden der Begünstigung beschuldigt. Sie stehen in dem dringenden Verdacht, dem im Dezember vorigen Jahres nach Unterschlagung und Diebstahl amtlicher Gelder flüchtig gewordenen Gemeinde- und Spartaflanzier Goldig aus Niederplanitz in der Absicht, ihn der Verhaftung zu entziehen, wissenschaftlichen Beistand geleistet zu haben. Sie sollen Goldig, nachdem sie durch ihn von seinen Verfehlungen unterrichtet worden waren, bei seiner weiteren Flucht und bei der Unterbringung der von ihm veruntreuten Summen durch Rat und That unterstützt haben. Insbesondere sollen sie Goldig, den sie gelegentlich seiner Flucht im Eggenhagen kennen gelernt hatten, Ausweispapiere verschafft und ihm geholfen haben, die gestohlenen Gelder „klein“ zu machen.

Einem traurigen Tod hat der sieben Jahre alte Sohn Walter des Köpfers Gutenschwager aus der Prinz Eugenstr. 5 gefunden. Frau G. ging vorgestern auf einen Augenblick zum Kohlenhändler, der in ihrer Nachbarschaft wohnt. Ihren Sohn ließ sie mit seiner dreijährigen Schwester Klara in der Wohnung. Der Knabe kam nun auf den unglücklichen Gedanken, sich auf dem Spirituskocher Kaffee aufzuwärmen. Da er ihn nicht zu handhaben wußte, explodierte der Kocher, und die Flamme setzte ihm die Kleidung auf der Brust in Brand. Nun kroch er, während seine Schwester ratlos im Nebenzimmer stand, vor Angst und Schmerzen ins Bett. Der Qualm des brennenden Kleides machte Hansgenossen auf den Unfall aufmerksam. Diese löschten mit Hilfe der Mutter, die jetzt zurückkehrte, das Feuer und brachten den Knaben nach dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus in der Reinoldsdorferstraße. Dort ist gestern der Aermste gestorben. Das kleine Mädchen war unverletzt geblieben.

Ein größerer Brand kam gestern mittag in der Rosenstr. 18, einem uralten zweistöckigen Gebäude, zum Ausbruch. Im Dachgeschloß, wo drei Parteien wohnen, von denen zwei nicht daheim waren, kam das Feuer aus bisher nicht ermittelten Ursache aus und erlosch das Dachgebälk. Die Feuerwehre unter Leitung des Brandmeisters Eisner griff über eine mechanische Leiter mit mehreren Schlauchleitungen kräftig an und es gelang, das Feuer auf das Dachgeschloß und den Dachstuhl zu beschränken. Die zweite Etage hat durch das Eindringen Wasser etwas gelitten. Die Möbel, besonders Küchengeräte der Diener, sind vernichtet. Zimmernd ließen diese umher; sie haben nichts vermisst und keine Wohnung. Die Polizei wird es kaum gestatten, daß das Dachgeschloß später wieder bezogen wird, weil das Haus schon fast einer Ruine, als einem Mietsbau in Berlin ähnlich sieht. Wenn man auf dem Hofe steht, glaubt man sich ins Mittelalter zurückversetzt.

Feuerbericht. Neben dem Dachstuhlbrand in der Rosenstr. 18 hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch über ein Duzend andre Brände zu beseitigen. Mittwochnachmittag gegen 8 Uhr wurde sie nach der Alexandrinenstr. 106/108 gerufen, weil hier im zweiten Stock des linken Seitenflügels in einer Wohnstube Feuer ausgebrochen war. Der 17. Löschzug beseitigte die Gefahr in kurzer Zeit. Mehr Arbeit machte ein zweiter Wohnungsbrand, der in der Nacht zum Mittwoch am Kronprinzen-Ufer 1 entstand. Betten, Möbel, Decken etc. standen in Flammen und wurde tüchtig Wasser gegeben werden, um sie auf die Wohnung zu beschränken. Ein dritter Wohnungsbrand beschlagnahmte die Wehr später in der Gneisenaustr. 40 kurze Zeit. Pappkartons und ein Teil des Treppengeländers hatten zur selben Zeit in der Reichensbergerstr. 4 Feuer gefangen, während in der Duxstr. 62 Portieren in Brand geraten waren. Wegen eines Verkehrshindernisses wurde die Wehr früh nach 3 Uhr nach dem Königsplatz gerufen. Ein beladener Wagen war umgefallen und hemmte so den Verkehr. Die Wehr richtete den schweren Wagen wieder auf. Alle übrigen Alarmierungen, die noch in der Zwischenzeit einliefen, betrafen ganz unbedeutende Brände, die vor Eintreffen der Löschzüge bereits von Hausbewohnern gelöscht waren.

Cirkus Sarrafi hat seit gestern einen großen Künstlerwechsel zu verzeichnen. Obenan steht als sensationelle Novität die Pariser-Akrobatentruppe „The 5 Gals“, wohl die renommierteste Akrobatentruppe der Gegenwart. Wöllig neu ist das Akrasakrobatinnen-Paar The Sandwinos, ein untergeordneter vortrefflich gebauter Strasturner und ein Säulenweib mit kolossalen Kräften. Auch die Keulen- und Reifenjongleure The Cronays, die 5 Habamashweine des Mr. S. Ralph und die vielen neuen Dressuren des belannten Schulkritikers Jansky sind Novitäten ersten Ranges. Herr Jansky hat jetzt zwei schöne Tigerhengste dressiert, von denen der eine sich als Apporteur, der andre als Stridipränger produziert. Auch Madin und Sultan, zwei Dengste in Freiheit, bieten eine wunderhübsche Arbeit, die ihrem Dressur alle Ehre macht.

Wintergarten. Mit einem zwar nicht gleichwertigen, aber überaus reichen Programm hat der Wintergarten die neue Saison eröffnet. Verdient das italienische Orchester das Prädikat interessant, Paula Worm, die Operettenbrette, das Lob recht gut, so muß bei vier andern Nummern des Programms unumwunden zugegeben werden, daß sie eine derartige Vollendung aufweisen, daß ein „Koch mehr“ undenkbar erscheint. Das sind die als Hochturner sich präsentierenden drei Meteores, der ausgezeichnete Baugredner Rudolf Segommer, die Mimiker Severin und Mlle. Dorville, und vor allem die unter dem Namen Klein-Familie auftretenden Kunst-Madonnen. Selbst der hartgesottene Feind des Varietés wird diesen Nummern seine Bewunderung nicht verlagern. Schönheit der Bewegung, der Linie, vornehmliche Eleganz und Grazie machen die Leistungen der Kleinfamilie und der Hochturner mit ihrem hübschen 2 1/2 fachen Saltomortale zu wirklich vollendet schönen Kunstwerken. Demgegenüber verschmachtet man leicht die Minderwertigkeit einer Nummer wie das Gesangs- und Tanz-Ensemble der acht Coltais.

Aus den Nachbarorten.

Zu dem Unglück beim Bau der Ober-Realhule in Hummelburg wird uns noch mitgeteilt: Die Arbeiter hatten an der einen Seite nur 3 Centimeter Tiefe; wie ist es möglich, daß solches polizeilich zulässig ist? Bei größerem Auflager von 18 Centimeter würden die Eiseneisenlagen noch einigen Halt geboten haben. Der Cement muß unterlagert werden, die Betonmischung ist jedenfalls bei zu starker Dige ausgeführt und außerdem war die Mischung jedenfalls zu mager; auch sollen die Decken von italienischen Arbeitern hergestellt sein. Die Bauarbeiter in Berlin bringt in einer vom

23. Juni 1908 datierten Verfügung für derartige Decken eine Spannung von 3800 bis 6000 Kilogramm in Anspruch. Aufklärung über die Ursachen des Unglücks ist dringend geboten. Ueber die Ergebnisse der Untersuchung durch eine Baukommission, an deren Spitze der Bauamt Langen stand, ist noch nichts bekannt geworden.

Reinoldsdorf. Die Gemeindevertretung erklärte sich am letzten Montag prinzipiell für die Bildung eines Fonds zur Unterbringung Lungenkrancker in Heilanstalten. Es soll eine Sammlung unter den bemittelten Einwohnern Reinoldsdorfs veranstaltet werden; außerdem wird vom nächsten Etatsjahr ab ein noch zu bestimmender jährlicher Zuschuß von der Gemeinde geleistet werden. Die Unterstützung aus diesem Fonds wird als Armenunterstützung nicht angesehen. Dem allgemeinen öffentlichen Bedürfnisse entsprechend soll die Desinfektionsanstalt im Armenhause umgebaut und vervollständigt werden. Der frühere Beschluß der Gemeindevertretung, auf unbebaute Grundstücke 2 Proz. Anschlagsteuer zu erheben, wurde vom Kreisaußschuß nicht genehmigt. Die Vertretung beschloß deshalb, 1 1/2 Proz. zu erheben. Ferner soll die Gebäudesteuer nicht wie bisher vom nächsten Etatsjahr, sondern vom nächsten Quartal nach Vollendung der Bauarbeiten zur Erhebung gelangen. Ueber den Antrag des Grundbesitzer-Vereins Reinoldsdorf-West, betreffs Mehranstellung von Polizei-Eremitenbeamten, ging die Verammlung mit der Motivierung zur Tagesordnung über, daß bei der nächsten Etatsaufstellung die Angelegenheit in Erwägung gezogen werden soll.

„Die Koh' im Saß kaufen“ sollen — wenn es nach dem Willen der Herrschaftverwaltung geht — die Spandauer Staatsarbeiter. Wir berichteten neulich von den jahrelang genährten Wünschen und Hoffnungen, welche die Arbeiter der Spandauer Militärverhältnisse der längst angekündigten „neuen Lohnordnung“ entgegengebracht haben. Im Reichstage hatte der Kriegsminister eine Ausgabe für den Monat Mai als Endtermin in sichere Aussicht gestellt. Erst dieser Tage aber erhielten die Arbeiterausschüsse der verschiedenen Institute zum ersten Male Kenntnis von der vielbesprochenen „neuen Lohnordnung“ und nun mit einem Mal suchen die in Betracht kommenden Instanzen die Zustimmung der Ausschüsse so zu forcieren, noch dazu auf eine eigne Art, daß ganz allgemein von den Arbeitern die Ratmehrung ausgesprochen wird, daß da „etwas im Rohre“ sein müsse. Den Arbeiterausschüssen wurde nämlich von den Vertretern der Direktion das ca. 82 Seiten lange Monstrum von Lohnordnung einschließlich der verschiedenen Lohnstufen dadurch zur Kenntnis gebracht, daß man sie ihnen vorlas und alsdann an die Ausschußmitglieder das Ansuchen richtete, spätestens in einer Woche ihre etwaigen Ausstellungen zu machen. Die Erteilung einer vollständigen Abschrift der ganzen Lohnordnung wurde den Ausschüssen verweigert und ein entsprechender Antrag, den die Ausschüsse jeder für sich stellten, offenbar auf eine dahingehende Weisung aus Berlin abgelehnt. Da sich die Ausschüsse somit außer Stande sahen, den ihnen vorgelesenen Entwurf gewissenhaft zu prüfen, und noch weniger die Prüfung in Gemeinschaft mit ihren Mandatgebern, den Arbeitern, vorzunehmen, so haben sich bereits, wie wir hören, einzelne Arbeiterausschüsse entschlossen, unter solchen Umständen unter Protest jede Wirkung an dem Zustandekommen der neuen Lohnordnung und also jede Verantwortungsrundweg abzulehnen.

Die Ausschüsse thun auch Flug daran, denn sicher ist bereits das eine, daß der Entwurf keine erheblichen Verbesserungen, dagegen einige einschneidende Verschlechterungen enthält; so soll z. B. die „Säurezulage“, welche den mit besonders giftigen Stoffen hantierenden Arbeitern jetzt gezahlt wird, und die für den schutthändigen Arbeitstag 1 R. beträgt, zukünftig in Fortfall kommen, und es können solche Arbeiter statt dessen in die höhere Lohngruppe versetzt werden. Abgesehen davon, daß dann das „Wohltun“ der Meister usw. noch eine größere Rolle spielen würde als jetzt, so würden die Arbeiter dann auch ein entsprechend erhöhtes Arbeitspensum zu leisten haben und sich also auf jeden Fall schlechter stellen als bisher. Offenlich halten die Arbeiterausschüsse und vor allem die beteiligten Staatsarbeiter die Augen offen, um sich vor weiteren Schäden zu bewahren.

Dem Arbeitgeber „Staat“ gegenüber ist das allerhöchste Mißtrauen der Arbeiter sicherlich angebracht.

Vermischtes.

Der Waldbrand bei Primslenu ist vielleicht der größte, der in Deutschland in neuerer Zeit vorgekommen ist. Das betroffene Waldgebiet ist, wie der „Täglichen Rundschau“ geschrieben wird, im Norden von dem Hülshagen-Sprotte, im Westen vom Rober begrenzt und erstreckt sich von Nord nach Süd über 24 Kilometer, von Ost nach West rund 20 Kilometer. Es setzt sich zusammen aus dem Sprottauer Stadtforst, dem Primslenuer Forst, dem Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein gehörig, dem Bunzlauer, Rodlauer und Kokenauer Forst, letztere Eigentum des Grafen Dohna-Rosenau. Das Feuer entstand wahrscheinlich durch Funkenauswurf einer Lokomotive, auf der Bahnstrecke Diegnitz-Sagan, beim Dorfe Ober-Leschen und pflanzte sich, vom Westwind getrieben, in rasender Eile in der Richtung auf die mitten im Walde gelegene Siedlung Neu-Porterl von 12 Gehöften mit 80 Einwohnern fort. Das Dorf war binnen 10 Minuten ein Raub der Flammen. Die Einwohner konnten nichts thun, als in vollem Lauf ihr Leben retten. Alles Vieh und alle Habseligkeiten verbrannten; die unbemittelten Leute waren nicht verschert. — Die Bekämpfung eines Waldbrandes geschieht durch gegogene Gräben; hier war sie machtlos, obgleich viele hundert Dattensente aus Primslenu, ein ganzes Aufgebot von Feuerwehren und Landwehren, Artilleriemannschaften aus Sprottau, ein Bataillon Infanterie und ein Bataillon Pioniere aus Ologau sehr schnell eintrafen, da die Brandstätten zu groß waren und das Feuer sich in zu verschiedenen Richtungen fortplante. Es kam vielfach vor, daß das Feuer über die Arbeiterlinie hinwegsprang, die sich nur in schleuniger Flucht, viele unter Begewerung von Spaten und Hacke, retten konnten.

Taplus in Paris? Die Mahnung der Pariser Präfektur an die Pariser Bevölkerung, daß es sich empfehle, bis auf weiteres nur gelodetes Wasser zu trinken, wird damit begründet, daß in der unmittelbaren Nachbarschaft einer der Quellen, die Paris mit Trinkwasser versorgen, der Typhus ausgebrochen ist.

Die Dürre. Die Kölner Pegelhöhe zeigt gegenwärtig einen Wasserstand von 1,15 Meter, so daß die Schleppliffahrt über Nacht zwischen Köln und Mannheim vollständig eingestellt ist. Auch der Rauber Pegel nähert sich allmählich der für die Schifffahrt gezogenen Grenze von 1,80 Meter. Die vollständige Einstellung der oberrheinischen Schifffahrt steht bevor, wenn die trockene Witterung weiter anhält. Im Ruhrgebiet ruft der niedrige Ruhr- sowie der Rheinwasserstand empfindliche Störungen hervor.

Eine Feuersbrunst hat die ungarische Stadt Ghánahás (Komitat Heves) zerstört; 500 Häuser und zahlreiche Nebengebäude sind vernichtet worden. Eine große Menge Vieh, Getreide und Futtervorräte fielen den Flammen zum Opfer. Infolge Wassermangels konnten Löscharbeiten nicht vorgenommen werden.

In der Ortschaft Kiffuh-Keuskadt (Transsilvanien) brach Dienstmittag Feuer aus, das infolge Wassermangels große Ausdehnung annahm. Insgesamt sind 300 Häuser mit Nebengebäuden niedergebrannt; 6 Personen sind in den Flammen umgekommen. Die Bevölkerung ist obdachlos.

Der Jurist als Aneiwirt. Man berichtet uns unterm 16. August aus Halle: In einer Zeit, in der die Jurisprudenz in ein so schlechtes Licht geraten ist, muß es als erfreulich bezeichnet werden, daß der stud. jur. Siegel von hier, nachdem er in Greifswald und Halle 16 Semester Jura „genossen“ hat, der Juristerei Valet sagte und ehrbarer Bierwirt wurde. Jedenfalls kann er als „akademisch gebildeter Gastwirt“ mit seinen juristischen Kenntnissen sein Unheil anrichten. Daß er sich in den 16 Semestern bei seinem Studium nicht allzu sehr „abgeradert“ hat, dafür sorgten die

Forschungen auf dem Gebiete der „Dierologie“. Aber auch in dem neuen Verufe ist es dem Jünger der Rechtswissenschaft schlecht ergangen. Bei der Uebernahme der Aneipe „zur fröhlichen Wiederkehr“ verjagten seine juristischen Kenntnisse gänzlich, und man hat ihn, wie man so zu sagen pflegt, gründlich über's Ohr gehauen. Mit der Gattin des früheren Besitzers jener Aneipe kam er in Streit. Die Frau brachte dem J. im Besitz einige Strahwunden bei. Gegenwärtig klagt sich der so maltratierte Jurist auch noch vor dem Gewerbegericht mit seiner Wirtschaftlerin, Frau Lebusch, die ihn unter anderm „Pump“ genannt haben soll. Die Verhandlung wurde vertagt.

Ein polizeilicher Mißgriff in Thorn. Die Zahl der polizeilichen Mißgriffe ist um einen sehr krassen Fall, der sich vor einigen Tagen in Thorn zutrug, bereichert worden. Am Freitagabend ging die verheiratete Schauspielerin John, die in Thorn ihre Niederkunft abwartet, mit ihrem Mann die nach Roder führende Straße entlang. Das Ehepaar geriet unterwegs in Reinigungsberühmtheiten miteinander, die in einen Wortwechsel ausliefen. Plötzlich trat ein Schuttmann an die Frau heran und sagte ihr, sie sei eine liederliche Dirne und müsse ihm zur Wade folgen. Den Entwurf des Mannes, daß es seine Frau sei, wies der Schuttmann barsch mit den Worten zurück: „Das könne jeder jagen!“ Trotz des Protestes beider Personen wurde die Frau auf die Polizeiwache geführt und mußte bis zum andern Morgen im Polizeigewahrsam bleiben. Während der Nacht kam der Schuttmann wiederholt in die Zelle und hielt der Frau vor, daß sie einen liederlichen Lebenswandel führe und sogar schon schwanger sei. Am Sonnabendmorgen sollte Frau John von dem Polizeiarzt untersucht werden, der jedoch Abstand nahm, als die Inhaftierte ihm ihre Schicksale erzählte und sie zum Polizei-Inspektor führte. Hier wurde die Frau mit den Worten entlassen: „Es wird sich alles auflären!“ Bis heute ist aber noch keine Aufklärung erfolgt.

Minst, 17. August. Die Stadt Woloshtin (Gouvernement Wilna) ist durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört worden.

Ans Toulon wird gemeldet: Ein Omnibus stürzte in voller Fahrt infolge eines Radbruchs um. 30 Passagiere wurden mehr oder minder schwer verletzt; ein 19jähriges Mädchen wurde sterbend ins Hospital gebracht.

Schiffskatastrophe. Wie aus Perim gemeldet wird, ist der englische Dampfer „Ismar“ mit einem andern Schiff zusammengeprallt, welches 60 Passagiere an Bord hatte. Das letztere Schiff sank, 40 Personen konnten gerettet werden.

Photographieren am Meeresgrunde. Ein Gelehrter der Pariser Universität, Louis Boutan, hat am Meeresgrunde mit Hilfe eines Schimmervergers Bilder vom Leben unter Wasser aufgenommen. Einem Bericht, den er darüber im „American“ veröffentlicht, ist folgendes entnommen:

„Meine Versuche mit unterseeischer Photographie wurden im Arago-Laboratorium ausgeführt. Ich benutzte dazu einen Taucherganz, den ich für meine Zwecke jedoch erst mannigfach verbessert mußte. So fügte ich dem Helm ein Sprachrohr ein, so daß ich mich stets nach oben verständigen konnte, dann eine Erdölampe, die vom Helm durch ein Rohr mit Luft versorgt wurde. Ich hatte eine Detektivkamera, so wie sie zur Aufnahme von Augenblicksbildern gebraucht wird. Die Kamera steckte in einem wasserdichten Kupferkasten mit Glasfenster für das Objekt, den Sucher usw. Ich kann kaum mit Worten das seltsame Entzünden und die Schrecken einer Wanderung über ein Ozeanbett beschreiben. Alles erscheint ungeheuerlich groß. Die vorherrschende Farbe ist eine zarte, ständig wechselnde Schattierung von Grün; aber es giebt auch rosa, purpurne und andersfarbige Pflanzen. Aus dem grünen Schimmer springen einem plötzlich Gegenstände entgegen. Ein Fisch, der in wenigen Fuß Entfernung klein erscheint, nimmt Riesendimensionen an, springt einem förmlich ins Gesicht und verschwindet. Das Bett der Nacht, in der ich arbeite, trägt üppigen Pflanzenwuchs. Die Stengel steigen bis zur Spitze meines Helms, und nur mühsam flieh ich sie beim Vordringen beiseite. Sehr bemerkenswert war es zu beobachten, wie die verschiedenen Fischfamilien sich bei meinem Kommen benahmen. Die Schabracken zog zuerst das Gurgeln des Wassers vom Helm an, aber sobald ihre Reugier befriedigt war, stoben sie erschreckt. Die Knurrhähne fraßen im Schlamme weiter, ohne mich zu beachten. Raubqual trug ich fast auf Familien kleiner Schollen, so schwer waren diese Klattische vom Sand zu entfernen. Als Köder für die Fische brauchte ich Seegel und Ringelwürmer, die ich zwischen die Kamera und einen weißbemalten Zinnschirm, der mir als guter Hintergrund diente, legte. Das lockte sie in Scharen an. Besonders fesselte mich ein Tausendfüßler, der sich von kleinen, zweifelhafigen Muscheln näherte. Jedesmal, wenn eine Muschel ihre Schalen öffnete, um zu frassen, kam er aus seinem Loch und hing die Muschel. Augencheinlich ließ er sich ganz vom Klang leiten. Während er speiste, machte ich eine Aufnahme von ihm. Der auffallendste Gegenstand, den ich erwähnte, war ein schön gefärbter Salamander mit Jungen und Eiern.“

Während Boutan diese Aufnahmen persönlich auf dem Meeresgrunde machte, hat er seine Vorrichtung so vervollkommenet, daß sie auch selbstständig wirkt; er kann jetzt lebendähnliche Bilder des unterseeischen Lebens in einer Tiefe von fast 600 Fuß aufnehmen.

Briefkasten der Redaktion.

S. 8. 106. Verkehrsverwaltung; Adressenr. 12. — N. 3. 101. Kraußstr. — Thurneyscherstraße. Bornbrück. 1. Januar 1891. — W. N. 28. Wenden Sie sich an die Verwaltung einer Auto-Fabrik. — Zougebruder. Täggen existiert kein besonderes Heil- oder Jambarmittel. Nur durch unangenehme, gute Erholung der Stimme zu überwinden oder wenigstens zu mildern. — Ueberat. Die erste regelrechte Beteiligung der Sozialdemokratie an den Stadtverordnetenwahlen war im Jahre 1883, als die Regierung die Stadtverordneten-Versammlung aufgelöst und die Kommunalen auf den 18. 19. und 20. Oktober angelegt hatte. Damals siegte Singes im 11. Wahlbezirk mit 822 Stimmen. Zuhauer in der Stichwahl im 15. Bezirk mit 741 Stimmen, Soerck desgleichen im 13. Bezirk mit 773, Erwald ebenso im 14. Bezirk mit 721 Stimmen und Herold (in der Stichwahl vom 20. Dezember) mit uns unbekannter Stimmenzahl. Nach den Wahlen vom November 1906 hatte die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion 33 Mandate, von denen das Mandat des Genossen Kerka für ungültig erklärt wurde. — 9876. Rein. — 4559. Ja. — 1256. Paris, Brüssel, Zürich, London, Paris und Amsterdam.

Juristischer Teil.

Die juristische Erbschaft findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnung: 7 Uhr.

Rete. Rein. — York. 1. Drei Jahre. 2. 50 R. 3. Da die Klage an das Amtsgericht fort zu richten ist, die also im Termin in Fort vertreten sein müssen, beantragen Sie am besten einen hiesigen Anwalt. 4. Kosten gering. — Karbe. Invalidenten. Zur Altersrente werden die geklebten Marken wohl auch kaum reichen. — W. G. 1. Klage beim Gewerbegericht Berlin. 2. Am besten treten alle ihre Ansprüche an den Kolonnenführer zur Eintragung ab. — Munder. 1. Ehemann ein Viertel, Kinder drei Viertel. 2. Doktorlohn trägt der Mann, Begräbnislohn Erbmalte. 3. Ehemann würde die Kinder berechnen, d. h. also, den ganzen Nachlaß der Frau erhalten. 4. Der Mann erhält im Voraus gar nichts. — N. 100. Die Abweisung ist zu Unrecht erfolgt. Die Frau kann noch auf Scheidung klagen. — Million. Rein. G. 3. 1. Wenn die Frau ihren Mann sonst in Mietangelegenheiten zu vertreten pflegt, ist der Mann auch in diesem Falle an die mit ihr getroffene Abmachung gebunden. 2. Der Mann muß den Erblasser annehmen, der allen vernünftigerweise zu stellenden Anforderungen an Zahlungsfähigkeit, Solvenz usw. mindestens so genügt wie Sie und Ihre Familie. Erblasser, die diesen Anforderungen nicht genügen, braucht er nicht anzunehmen. — E. T. 1856. 1. und 2. Ja. 3. und 4. Rein.

Marktreise von Berlin am 18. August. Raß Ermittlungen des Igl. Volksgel. Prädikants. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**) gute Sorte 17,70 R., mittel 17,58—17,52 R., geringe 17,48—17,40 R. Roggen**) gute Sorte 13,80—13,78 R., mittel 13,70—13,74 R., geringe 13,72—13,70 R. Hafer**) gute Sorte 14,70—14,70 R., mittel 14,60 bis 14,60 R., geringe 13,70—13,80 R. Hafer**) gute Sorte 16,40—15,70 R., mittel 15,60—14,90 R., geringe 14,80—14,10 R. Erbsen, grüne, zum Kochen 40,00—28,00 R., Speiseerbsen, weiße 50,00—28,00 R., Binsen 60,00—25,00 R. Kartoffeln, neue, 12,00—8,00 R. Nüchtern 4,70—4,00 R. Neu 8,40—6,00 R. Für 1 Allogramm Butter 2,00—2,00 R. Eier per Schuß 4,00—2,40 R. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Taubenstr. 40/40.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf:
An den Seen Oberitaliens.
Sternwarte invalidenstr. 57/62.

Passage-Panopticum.
Das Bärenweib, lebend.
Der 16jährige Riesenknabe
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Menos, Gedankenleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.

Das grösste Ehepaar der Welt
die grösste Sehenswürdigkeit des 20. Jahrhunderts.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: Der See-Elefant.
Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Cirkus Sarrafani.

Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Täglich:
5 dressierte Havanna-Schweine.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Grösster Premierenabend.
Ein Berliner Tangenichts.
Golfstück mit Gesang in 2 Akten.
Nach Mitternacht! Geschw. Kaiser.
Anfang 6 Uhr. Reststücke u. 3 Uhr ab.

Fröbels Allerlei-Theater
H. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Heute Benefiz-Vorstellung für E. Jokosa x x E. Bottstein W. Zeunert.
Summ erstemal:
Das alte Lied.
Extra-Tanz. Kaffeetische.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintr. 30 Pf.
Sonnabend, den 27. August, für Vereine frei.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
das neue konkurrenzlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit ständlichem Detail.

Les trois Danls,
die Fahrt im heissen Tobereing.
Belle Motor-Renn-Compagnie mit unsterblichen Original-Trials.
Ortg. Köhley-Trio, senat. Leiter. Akrobaten und Hochkunstler.
Hedy Brumlin, der kleine Kobold.
Elsa u. Paul Jeschek, urkomisch.
Ortg. Luigia e das Giglio, konkurrenzloser Kolossal.
Max Tripps, der heilige Fritz Brand zc. Kaffeetische. Volksbegeisterungen.
Bis 2 Uhr: Ball. Eintr. 30 Pf. Sonntags 30 Pf.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ue.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu "Nur eine Nacht".
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Sanssouci.
Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Säng.
Sonntag, Montag, Donnerstag.
Nach der Soiree:
Tanzkränzchen.
Neu! Zum Schluß: Neu!
Unser Kind.

Freie Volksbühne

I. Serie im Berliner Theater | II. Serie im Metropol-Theater
Götz von Berlichingen | **Die Komödie der Liebe**
von Goethe. | von Ibsen.

Die neuen Mitgliedskarten für 1904/5 müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden. August-Beitrag 80 Pfennig, September-Beitrag 80 Pfennig. Alle Mitgliedskarten, die bis zum 20. August nicht abgeholt sind, werden an neue Mitglieder abgegeben.

Umschreibungen aus der bisherigen Zahlstelle in eine andre können nur im August nach Begleichung von etwaigen Beitragsresten vorgenommen werden, jedoch muss die neue Karte für 1904/5 aus der alten Zahlstelle abgeholt werden.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.).
I. Parkett-Billets für die Mitglieder der Freien Volksbühne, ermäßigt auf 1,00 M. inkl. Garderobe, zu allen Abend-Vorstellungen. (Sonntags 50 Pf. mehr.)
229/5* Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Neue Freie Volksbühne.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.)
Sonnabend, 20. August, abends 8 Uhr: **Robert der Teufel.**
Sonntag, den 28. August, nachmittags 3 Uhr: **Undine.**

Gross Oper von G. Meyerbeer. Romant. Zauberoper v. Lortzing.
Billets für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1,10 M. (Parkett-Fantouil, I. Parkett, I. Rang und Logenplätze) sind an den Zahlstellen von **Hobson**, Kommandantenstrasse 62; **Kaufhold**, Wrangelstrasse 52; **Becker**, Gotzkowskystrasse 9, sowie beim **Kassierer** zu haben.
I. A.: Heinrich Neft, Kassierer, Veteranenstr. 6, 150/19

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Morwitz-Oper.
Donnerstagabend 8 Uhr: **Figaros Hochzeit.**
Komische Oper in vier Akten von W. A. Mozart.
Freitagabend 8 Uhr: **Abchieds-Galopspiel Heinrich Büdel** im Schiller-Theater O.: **Der Troubadour.**
Sonnabendabend 8 Uhr: **Robert der Teufel.**

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)
Geschlossen inkl. Sonnabend.
Morwitz-Oper.
Sonntagnachmittag 3 Uhr bei halben Preisen: **Der Freischütz.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Galopspiel Heinrich Büdel.**
Der Postillon von Lonjumeau.
Im Garten: Grosses Militärkonzert.

Nur noch kurze Zeit!
Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 153-155.
Straßenbahn-Verbindung: Linien A, T, V, A/E, 91.
Grösste Wasser-Schauspiele der Welt
auf 6000 qm großem See. 21/20
In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr. Jeden Mittwoch: Sonntags 3, 5 1/2, u. 8 Uhr. **Billiger Tag!**
Heute Donnerstag, den 18. August: **Elitetag**, verbunden mit **grossartigem Monstre- und Pracht-Feuerwerk** am Schlusse der Abendvorstellung. Gewöhnliche Eintrittspreise.

Max Kiem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeetische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regeldamen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand zc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Neue Welt.

Arnold Scholz.
Hasenheide 108/114.
Donnerstag, den 18. August 1904:
Elite-Tag.
Gala-Monstre-Feuerwerk
zur Erinnerung an die
Schlacht bei St. Privat.
Militär-Konzert.
Regts.-Musik des IV. Garde-Regts. s. Fuß. Dir. Frz. A. Berger.
Spezialitäten-Vorstellung.
Das neue Programm.
Anfang 5 Uhr. Eintr. 50 Pf.
Billets im Vorverkauf 40 Pf. Inhaber von Vassepartouts zahlen 25 Pf. pro Person nach.

Schweizer-Garten
am Königsh., am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das Eiserl, Liebespiel v. Kneff.
Das Damenregiment.
Grosse Feste mit Ballett u. Evolutionen von Gb.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen und **Quartett-Sänger.**
Anf.: Jede 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Arbeiter-Bildungsschule zu Berlin.

Mittwoch, den 24. August 1904, abends 7,9 Uhr:
Generalversammlung.
im Gewerkschaftshause, Engol-Ufer 15 (Saal 5).
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und des Lehrer-Kollegiums.
2. Schul-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Beiträge werden entgegengenommen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Ober-Spree“ Ober-Schöneweide.

Sonnabend, den 20. August 1904, in Zäbberis Waldschlösschen (Zuh.: Kartenlos) 13/30
3. Stiftungs-Fest.
Sämtliche Bundesvereine der Umgegend, insbesondere die Parteilgenossen von Ober-Schöneweide sind freundlichst eingeladen.
Billets sind zu haben: in unseren bekannten Bundes-Einfestellen; bei Komm. Wilhelmshofstr. 4; im Parteilokal von Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18; im Vereinslokal von Will Sipl, Siemensstr. 28.

Auf vielseitigen Wunsch unternehme ich
Dampfer-Extra-Fahrten.

I. Sonnabend, den 20., und Sonntag, den 21. August: je eine Fahrt nach **Tempitz.** Abfahrt 7 Uhr früh. Fahrpreis hin und zurück 2 Mark.
II. Sonnabend, den 20. August: nach **Ziegenhals.** Abfahrt 6 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags. Fahrpreis hin und zurück nur 50 Pfennig. Rückfahrt 7 1/2 Uhr abends.
III. Sonntag, den 21. August: nach **Neue Mühle.** Abfahrt 7 und 10 Uhr vormittags. Fahrpreis hin und zurück 1 Mark. Rückfahrt 7 und 8 Uhr abends.
Abfahrt in Berlin: An der Straßenerbrücke, Ecke Weissenbrücke.
L. Kahnt-Straßen.

Nur noch einige Tage!
Mariendorfer Kochbau-Terrain!
200 Baustellen von M. 3000.- an, prachtvoll geschnitten M. 3.- und M. 4.- pro Quadrat-Meter netto Baustelle, zur Straße nichts mehr abzutreten.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Weidenstrasse-Mariendorf. 23006*
Verkauf, auch Sonntag von 3-8 Uhr, auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek**, Berlin, Giesefaustr. 52.

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.
Pas de Deux oriental.
Tilly Böbb mit ihren 12 Löwen.
Paula Worm, Operettensängerin.
Ital. Harfenorchester, 23 Harfenistinnen.
Rudolf Segommer, Ventriloquist.
Severin und Mile. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Die 8 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Baggesens, komische Jongleure.
Die 3 Meteors, Hochturner.
Marcell Salzer, Vortragekünstler.
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwisch. Hackenschmidt u. Jenkins.

Reichshallen-Theater.

Täglich: **Stettiner Säng.**
Anfang: 8 Uhr.
Bodentags 6 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Passage-Theater.

La belle Georgette,
Flammen- und Radium-Tänzerin.
Noranas Dressierte Papageien.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Ostbahn-Park.

Am Kastrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Sonnabend, den 20. August:
Grosse Eröffnungs-Gala-Vorstellung.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anfang 7 Uhr.

Konsum-Verein „Biene“.

Nachdem die Auflösung unfruchtbar beschlossen ist, fordern wir alle diejenigen, die Ansprüche an unsern Verein zu haben glauben, auf sich spätestens bis zum 1. März 1905 in unserm Comptoir, Wallerstrasse 3b, zu melden. 4208
Berlin, im August 1904.
Die Liquidatoren.
Keine Konkurrenz ist imstande, solche reelle Ware auf den Markt zu bringen, wie ich dieselbe in meinen demüthigten
Käse-Post-Cosli
Sortierungen I und III bieten. Für Haushaltungen Nr. 7,07, für Restauration Nr. 7,35 franco Nachn. Grosse Qualität, große Reichhaltigkeit. G. Malsch Nachf., Memmingen, Bayer. Würtb.

Berliner Prater Theater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg.
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Satanello-Trio, Wardin.
Original-Truppe, Konzert, Ball, Specialit. Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. 40 Pf. 50 Pf.

Ettablissement Sagenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Walde-Sänger.
Sonnabends **Tanz.**
im Hofsaal:

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. - Bl. 50 Pf. u. 1,00. - Ueno Schwaben, Ruffen, Franzosen, Blattläuse zc. Echtl. 30 Pf., 60 Pf. u. 1,00. 59112*
Zahlreiche Anerkennungen.
1000 Mark Belohnung
zahlt demjenigen, der mit einem Rind-erfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnstrasse 14, früher Nr. 18.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer.

an Mariannen-Strasse 2.
Bereitschaft, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden etc. werden sehr u. preiswert geliefert.

Schutzzollpolitik und socialdemokratische Arbeiterpolitik.

III. Freihandel oder Agrarzölle?

Schippel läßt jedoch nicht nur die politische Seite der Schutz-

Zollfrage ganz außer Betracht; er arbeitet in seiner Argumentation

auch meist mit bloß gedachten und erdachten Verhältnissen, nicht mit

den geschichtlich gegebenen. So sucht er denn auch im Anfang zu

seinem vierten Artikel lang und breit auseinanderzusetzen, daß es

sich überhaupt nicht um generelle Entscheidungen, sondern lediglich

darum handelt, den Industriezweigen, die nicht konkurrenz-

fähig sind, einen Schutz zu gewähren:

„In dieser oder jener Produktionsphäre ist und dieses

Systems ruht, ganz im Gegensatz zu dem

früheren Protektionismus, gerade in den Agrar-

zöllen.“

Schippel weiß also, daß der von ihm verlangte partielle In-

dustrieschutz ohne gleichzeitigen Agrarschutz unter den gegebenen Be-

dingungen nicht möglich ist, daß daher das Eintreten für den In-

dustrieschutz konsequenterweise zugleich die Bewilligung von Agrar-

zöllen bedingt.

Thatsächlich lautet heute die Frage nicht: „Freihandel oder

industrieller Schutz?“, sondern „Freihandel oder Agrar-

zölle?“ Aber selbst, wenn man von den heutigen Verhältnissen ab-

sieht und die Frage allgemein theoretisch betrachtet, bleibt die

Berechtigung, wenn die Partei sich im Sinne der englischen Frei-

handelsorthodoxie prinzipiell und bedingungslos für absolute Zoll-

freiheit und zugleich für den Abschluß von Tarifverträgen um jeden

Preis erklärt hätte. In diesem Falle würde allerdings zwischen

beiden Forderungen ein Widerspruch bestehen. Aber weder der Frei-

handel, noch der Tarifvertrag hat für unsre Partei die Bedeutung

einer Prinzipienfrage. Zwar hat Anfang der neunziger Jahre unsre

Fraktion für die sogenannten Caprivischen Handelsverträge im

Reichstage gestimmt — aber nicht aus irgend welchen

speziellen Handelsvertrags-Prinzipien, sondern ganz einfach

aus dem Grunde, weil durch diese Verträge einerseits eine Reihe

bestehender Zollsätze, besonders Lebensmittel-

zölle, beträchtlich ermäßigt, also der Zollschub

wesentlich herabgemindert wurde, und weil andererseits

diese Verträge für das nächste Jahrzehnt eine gewisse Stabilität der

internationalen Zollverhältnisse garantierten.

Nicht jeder beliebige Tarifvertrag ist für die Partei annehmbar;

es kommt selbstverständlich auf seinen Inhalt und die jeweilige

wirtschaftliche und politische Lage, die besonderen „Umstände“, an.

Daß aber unter einem Freihandelsystem die „Umstände“ eine völlige

Veränderung erfahren, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Das

Notiz, das hauptsächlich die Partei zum Eintreten für die

Caprivischen Tarifverträge bestimmte: die Ermäßigung wichtiger

Lebensmittelzölle fielen dann von selbst weg — und ein gewisser

Schutz gegen die Benachteiligung der deutschen Ausfuhr nach fremden

Märkten läßt sich auch durch den Abschluß von Preisbegünstigungs-

verträgen erreichen. Zudem hindert uns nichts, falls sich dies als

Soziales.

Der dänische „Arbeitsrat“, die durch ein Gesetz vom Jahre 1903

begründete Institution für Arbeiterschutz, hat kürzlich seinen Jahres-

bericht über die Zeit vom April 1903 bis zum April 1904 heraus-

gegeben. Er hat während dieser Zeit mehrere Sitzungen zur Er-

ledigung vieler Angelegenheiten abgehalten und hat ferner verschiedene

Fabriken und Arbeitsplätze besucht. Unter anderem richtete

er seine Aufmerksamkeit auf den Gesundheitszustand

der unter 18 Jahre alten Arbeiter in den

Glasfabriken. Mehrere Glasfabriken haben nämlich Erlaubnis

erhalten, jugendliche männliche Arbeiter unter der

Bedingung zur Nacharbeit zu verwenden, daß über ihren Gesundheits-

zustand in sorgfältiger Weise Listen geführt werden. Diese Listen

sind nun von einem Polizeiarzt geprüft worden und es wird für

wünschenswert erachtet, daß die Gesundheitskontrolle längere Zeit

fortgesetzt wird. Der Arbeitsrat dient auch als Vernehm-

instanz für die Frage, ob ein Betrieb der Fabrik-

aufsicht unterstellt werden muß oder nicht. Im verfloffenen

Geschäftsjahr hatte er über zwei solcher Fälle zu entscheiden.

Ferner wirkte der Arbeitsrat mit bei den in den Gemeinden Kopen-

hagen und Frederiksberg eingeführten Verordnungen über die

Schäftigung von Kindern und jungen Leuten mit dem Austragen von

Milch, Brot und Zeitungen, durch die derartige Arbeiten für Kinder

